
I N E F

Report

Institut für Entwicklung und Frieden der
Gerhard-Mercator-Universität GH Duisburg
zur wissenschaftlichen Begleitung der
Stiftung Entwicklung und Frieden

Kriegswirtschaft und Friedenskonsolidierung

Erfahrungen und Herausforderungen in den Regionen des Südens

Tobias Debiel

Heft 20/1996

**Gerhard-Mercator-Universität
Duisburg
Gesamthochschule**

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
1 "The True Cost of Conflict": Forschungsdefizite, Systematisierungen und Illustrationen	4
1.1 Defizite in Forschung und Politik	4
1.2 Systematisierende und illustrierende Überlegungen	7
Kriegsfolgen für die Binnen- und Außenwirtschaft.....	7
Zerfall der institutionellen und sozialen Infrastruktur.....	10
Menschliches Leid und die Zerrüttung der Haushalte	10
2 Die Kriegorientierung von Wirtschaft und Gesellschaft	11
2.1 Das Florieren illegaler Märkte und das Entstehen von Bereicherungswirtschaften	12
2.2 Profiteure und Verlierer in anhaltenden Notsituationen.....	15
2.3 Internationale Hilfsleistungen und die "politische Ökonomie des Krieges"	17
3 Von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft: Wiederherstellung und Transformation der Binnenwirtschaft	19
3.1 Die Aufgabe der Wiederherstellung.....	19
Der Wiederaufbau der sozio-ökonomischen Infrastruktur	20
Die Reintegration von Flüchtlingen und Kombattanten in den Produktionsprozeß.....	21
3.2 Transformation und Neuaufbau.....	27
Die Transition zu Marktstrukturen und die Förderung der ländlichen Entwicklung.....	28
Zur Rolle der Strukturanpassung	29
Die Transformation von Unrechts- und Bereicherungsstrukturen	32
4 Regionale Kooperation und der Beitrag der internationalen Gemeinschaft	34
4.1 Die Bedeutung regionaler Kooperation	35
4.2 Der Beitrag der internationalen Gemeinschaft	36
Finanzielle Unterstützung der Friedenskonsolidierung.....	37
Anpassung der Entwicklungs- und humanitären Hilfe.....	39
5 Resümee und Schlußfolgerungen	41
Literatur	45

Zum Autor:

Tobias Debiel, M.A., geb. 1963, seit 1991 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) der Gerhard-Mercator-Universität - GH - Duisburg, Arbeitsschwerpunkte: Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen, zivile Konfliktbearbeitung, Kriegswirtschaft und Friedenskonsolidierung.

Veröffentlichungen u.a.: (Hrsg. zus. mit Norbert Ropers) *Friedliche Konfliktbearbeitung in der Staaten- und Gesellschaftswelt*. Bonn: Stiftung Entwicklung und Frieden 1995 (EINE Welt; Bd. 13); (Hrsg. zus. mit Franz Nuscheler) *Der neue Interventionismus. Humanitäre Einmischung zwischen Anspruch und Wirklichkeit*. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf. 1996 (EINE Welt - Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden; Bd. 1).

Einleitung

Die soziale, politische und ökonomische Realität von Kriegen ist ein relevanter, aber noch unzureichend erforschter Bereich der Sozialwissenschaften. Krieg symbolisiert ein Versagen der Steuerungs- und Konfliktregelungsmechanismen in Politik, Gesellschaft und Ökonomie. Andererseits sind Krieg, Militär und Rüstung in vielen Gesellschaften zu Faktoren geworden, die selbst die politischen und sozio-ökonomischen Strukturen und Entwicklungen - mitunter nachhaltig - prägen und eine Rückkehr zu zivilen Gesellschaftsverhältnissen blockieren.

Im folgenden soll aus sozio- und polit-ökonomischer Perspektive ein strukturierender und illustrierender Überblick über Kriegsfolgen und Bedingungen der Friedenskonsolidierung gegeben werden. Dabei stehen die Länder des Südens mit besonderer Betonung der Armutsregionen Subsahara-Afrikas im Vordergrund. Die Studie geht in vier Schritten vor: Zunächst systematisiere und analysiere ich die sozialen und ökonomischen Zerstörungen und Zerrüttungen kriegerischer Konflikte, die treffenderweise als "The True Cost of Conflict" (Cranna 1994) bezeichnet wurden¹. Zweitens untersuche ich einen

qualitativen und bislang erst ansatzweise untersuchten Aspekt der Gesamthematik, den man als "Politische Ökonomie des Krieges" bezeichnen könnte: Gemeint ist die Herausbildung spezifischer, kriegsgeprägter Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft von Entwicklungsländern. Drei Aspekte finden dabei besondere Berücksichtigung: erstens das Florieren illegaler Märkte und die damit verbundene Entstehung von Bereicherungswirtschaften; zweitens die Positionsveränderungen verschiedenster gesellschaftlicher Gruppen - von politischen Eliten über Händler und Staatsbürokraten bis hin zu marginalisierten städtischen und ländlichen Bevölkerungsschichten; drittens die mitunter dominierende Rolle externer Überlebenshilfe, die erhebliche Folgewirkungen für das wirtschaftliche und soziale Kräftespiel in Katastrophenregionen haben kann. Welche Leitvorstellungen und Handlungsoptionen für die Umwandlung von Kriegswirtschaften zu Friedensökonomien bestehen, skizziert das dritte Kapitel. Interne Voraussetzung eines tragfähigen Entwicklungsprozesses ist dabei sowohl die Überwindung von Kriegszerrüttungen (Aufgabe der Wiederherstellung) als auch die Transformation spezifisch kriegswirtschaftlicher zu zivilwirtschaftlichen Strukturen (Aufgabe des Neuaufbaus) - Maßnahmen, die in einen umfassenden Prozeß der "Friedenskonsolidierung"² eingebettet werden müssen. Das vierte Kapitel erörtert

¹ Auf die - insbesondere in den siebziger Jahren eingehend geführte - Debatte über die sozialen und volkswirtschaftlichen Belastungen durch Militär und Rüstung gehe ich hier nicht näher ein. Dieser Zusammenhang verdient sicherlich große Aufmerksamkeit, hat er doch in Vorkriegs- und Kriegszeiten eine hohe Relevanz. Eine Spezifikation der Daten und eine Übertragung der entsprechenden Erkenntnisse auf Kriegsökonomien steht jedoch noch weitgehend aus und kann an dieser Stelle nicht geleistet werden. Vgl. zur Gesamthematik Brzoska 1981, Lock/Wulf 1979 und 1982; siehe unter besonderem Bezug auf Afrika auch Ball 1991. Die Diskussion über die sozio-ökonomischen Folgen von Militär und Rüstung wurde in jüngerer Zeit insbesondere durch

Brzoska (1994) und das Bonn International Center for Conversion (vgl. als neues Referenzwerk: BICC 1996) weiterentwickelt.

² Im deutschsprachigen Raum liegt mit dem von Volker Matthies (1995) herausgegebenen Sammelband "Vom Krieg zum Frieden" eine erste Bestandsaufnahme zu den verschiedenen Dimensionen der Friedenskonsolidierung und eine entsprechende Analyse von Fallbeispielen vor.

dann die Bedeutung regionaler Kooperation und die Rolle der internationalen Gebergemeinschaft für die sozio-ökonomische Friedenskonsolidierung. Das Fazit faßt die wesentlichen Ergebnisse der Studie zusammen.

1 "The True Cost of Conflict": Forschungsdefizite, Systematisierungen und Illustrationen

Die sozio-ökonomischen Zerstörungen durch Waffengewalt und verschiedenste Kriegführungsstrategien, die von der Verlegung von Landminen bis hin zum Aushungern der Bevölkerung reichen, sind unmittelbar und oftmals dramatisch spürbar. Bisherige Entwicklungserfolge werden zunichte gemacht. Unterentwicklung kann Krieg fördern; kausal eindeutiger aber ist der umgekehrte Zusammenhang: Krieg verschärft Armut und Hunger, schreibt sie regelrecht fest. In manchen Regionen des Südens und verstärkt in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und Jugoslawiens stellt Krieg eine hartnäckige Blockade wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung dar.

1.1 Defizite in Forschung und Politik

Trotz einer beachtlichen Zahl von Fallstudien gibt es kaum systematische Erkenntnisse über die Opfer wie auch die ökonomischen Kosten der Errichtung von Imperien und der Austragung von Kriegen³. Von daher läßt sich - in Anlehnung an

³ Höchst verdienstvolle Pionierstudien zu den Opfern und Kosten von Kriegen wurden allerdings seit Mitte der 80er Jahre für Subsahara-Afrika und insbesondere das Südliche Afrika unternommen; vgl. hierzu UNICEF 1987, UNICEF 1989, Green 1987, Green 1991. Siehe

Ekkehart Krippendorff (1981) - für diesen Bereich in gewisser Weise ein "Versagen der Forschung" feststellen, und zwar sowohl im Bereich der Datenerfassung als auch der vergleichenden Analyse und der Theoriebildung. Die *Datenlage* über Kriegszerstörungen in einzelnen Fallbeispielen ist trotz intensivierter Forschungsbemühungen seit Beginn der 90er Jahre noch immer recht unsicher. Zahlen und Schätzungen beruhen auf Berichten von Augenzeugen, Journalisten und sonstigen Beobachtern und können in der Regel keinem einheitlichen Verfahren der Verifizierung unterworfen werden. Insbesondere bei den menschlichen Opfern von Kriegen gibt es - je nach politischem Interesse und der Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit - erheblich abweichende Angaben, die zu einem gravierenden "Over-" bzw. "Under-Reporting", mitunter sogar zu einem "Non-Reporting" der Kriegsoffer führen (vgl. exemplarisch anhand des Biafra-Kriegs Harneit-Sievers 1992: 67-73, 267)⁴.

Bei materiellen und infrastrukturellen Schäden ist es schwierig, für Ökonomien mit nicht-konvertiblen Währungen einigermaßen verlässliche Geldwerte anzugeben

außerdem die bereits erwähnte jüngere Publikation von Cranna 1994. Eine aufschlußreiche Sammlung historischer Fallstudien zum Zusammenhang von Krieg, ökonomischer Entwicklung und "wartime management" vom späten dreizehnten Jahrhundert bis zum zweiten Weltkrieg findet sich in J.M. Winter 1975.

⁴ Eine methodisch vorbildliche (und in ihren Ergebnissen erschreckende) Analyse über die Situation von Kindern und Frauen im Irak infolge des Zweiten Golfkriegs und der damit verbundenen Wirtschaftssanktionen hat UNICEF-Iraq (1993) vorgelegt. Bedeutsam im Bereich der Opferforschung ist zudem eine detaillierte Auswertung zu Genozid und Massenmord im 20. Jahrhundert, die Rummel (1995) erstellt hat.

und diese dann auf eine einheitliche Rechnungseinheit - in der Regel den US-Dollar - zu beziehen. Die Probleme komplizieren sich noch, wenn Verluste, die durch die Unterbrechung von Austauschbeziehungen entstehen, wenn Multiplikatorwirkungen, die die Vernichtung des Kapitalstocks nach sich ziehen, oder wenn zivile Alternativverwendungen der Rüstungsausgaben evaluiert werden sollen⁵.

Vergleichende Analysen bieten einen ersten Ansatzpunkt, zu verallgemeinernden Aussagen zu gelangen. Doch sie stehen vor dem Problem, daß Kriegsfolgen je nach regionaler Reichweite und Intensität des Krieges sowie dem Entwicklungsniveau der betroffenen Länder zum Teil erheblich variieren. Während beispielsweise in Angola und Mosambik weite Teile des Landes von den Kampfhandlungen in Mitleidenschaft gezogen wurden, handelt es sich bei den Kriegen in Osttimor und Chiapas um Konflikte, die aus Sicht der jeweiligen Zentralregierung lokal begrenzt sind. Gerade wenn nur einzelne Regionen eines Landes betroffen sind, spiegelt sich dies nicht unbedingt in einer merklichen Veränderung der sozio-ökonomischen Indikatoren des gesamten Landes wider⁶. Von daher lassen sich

grundsätzliche Aussagen der Art, daß Kriege zu einer überdurchschnittlichen Belastungen des Bruttoinlandsprodukts (BIP) führen, nur schwer aufstellen. Es fehlt letztlich die Möglichkeit, Kriegsfolgen unter einheitlichen Rahmenbedingungen ("ceteris paribus") zu untersuchen.

Dennoch gibt es Wege, zu systematischen Erkenntnissen zu gelangen. In den letzten Jahren ist eine Reihe von Studien erschienen, die Kriegsfolgen für unterschiedliche Regionen anhand einheitlicher Raster untersucht haben. Besonders hervorzuheben ist die bereits erwähnte Publikation "The True Cost of Conflict" (Cranna 1994), die insgesamt sieben Fälle analysiert. Die Beispiele stammen aus sämtlichen Weltregionen, umfassen verschiedene Kriegstypen und betreffen Länder mit unterschiedlichem Entwicklungsniveau⁷. Als verdienstvoll kann ebenfalls der von Anthony Lake (1990) herausgegebene Band "After the Wars" gelten, in dem Kriegszerstörungen und Möglichkeiten des Wiederaufbaus für fünf Kriegsländer bzw. -regionen aufgearbeitet werden⁸. Erwähnenswert ist schließlich eine vergleichende Studie von Steward

⁵ Zwei Wege gibt es jedoch laut Green (1994: 41), zu einigermaßen sinnvollen Schätzungen zu gelangen: "One is to estimate and add specific items and make rough 'guesstimates' of the multiplier impact. The other is to make a reasoned estimate of probable overall output growth in the absence of war." In systematischer, oftmals angesichts der Datenlage aber immer noch illustrierender Weise wurden die Methoden auf Subsahara-Afrika und insbesondere das Südliche Afrika angewendet (vgl. UNICEF 1987, 1989, Green 1987, 1991).

⁶ So hat etwa Indonesien trotz der andauernden Besetzung Osttimors die niedrigsten Belastungen in der Region Ost- und Südostasien. Der Anteil der Militärausgaben am BIP lag 1991 bei 1,7 %, während der regionale Durchschnitt 3,7 % betrug. Auch der Anteil der Militär-

ausgaben an den Aufwendungen für Gesundheit und Bildung lag mit 50,9 % deutlich unter dem Wert der Region Ost- und Südostasien (89,5 %) (vgl. Sivard 1993: 43-51).

⁷ Es sind der Krieg in Osttimor (seit 1975), der Zweite Golfkrieg (1990/91), der Kashmir-Krieg (seit 1990), der Krieg in Mosambik (von 1975 bis 1992), Peru (seit 1980), im früheren Jugoslawien (seit 1991) sowie im Südsudan (seit 1983).

⁸ Afghanistan, Indochina, Zentralamerika, Südliches Afrika und Horn von Afrika. Eine gute Bestandsaufnahme über "Vergessene Kriege in Afrika" mit besonderem Augenmerk auf die Bedeutung von Kriegszerstörungen bieten die Aufsätze in Hofmeier/Matthies 1992; zum Horn von Afrika vgl. den instruktiven Band von Doornbos et al. 1992.

(1993a, b), die sechzehn besonders stark von Krieg betroffene Länder⁹ mit Hilfe einer Vielzahl von Indikatoren betrachtet. Die zugrunde gelegten Daten sind zwar weitgehend aus einschlägigen Statistiken übernommen und nicht eigens erhoben worden, doch handelt es sich um den konsequentesten Ansatz, zu verallgemeinerungsfähigen Aussagen zu kommen.

Gibt es im Bereich der Datenerhebung und vergleichenden Analyse mittlerweile eine Reihe von Forschungsbemühungen, so hat die *ökonomische Theoriebildung* den Faktor Krieg bislang nahezu vollständig ausgeblendet. Reginald Green hat 1991 diesen nach wie vor gültigen Tatbestand treffend zusammengefaßt: "Neo-liberal economics has almost nothing to say about the economic consequences and policy implications of war and development economics says very little more." (Green 1991: 238) Für Subsahara-Afrika ist dies ein besonders bemerkens- und beklagenswerter Zustand. Denn für viele Regionen des Kontinents läßt sich wohl ohne Untertreibung sagen, "[that] war is the largest single economic fact and seeking to understand or influence these countries without analysing the economic consequences of war is an example of wilful tunnel vision" (Green 1991: 238).

Nicht allein das jahrelange Desinteresse der Forschung ist allerdings für die genannten Defizite verantwortlich zu machen. Auch die entwicklungspolitisch relevanten

Institutionen haben sich - von wenigen Ausnahmen abgesehen - dem "Unterentwicklungs-Faktor" Krieg erst in der ersten Hälfte der 90er Jahre zugewendet. Noch im ersten *Human Development Report*, den das UN-Entwicklungsprogramm UNDP 1990 vorlegte, wurde Krieg nicht als Ursache für fehlende menschliche Entwicklung erwähnt. Auch der dem Thema Armut gewidmete Weltentwicklungsbericht der Weltbank von 1990 nannte Kriegszerstörungen nur cursorisch (vgl. Green 1994). Heute genießt die Problematik allerdings hohe Aufmerksamkeit. So stellte UNDP in seinem *Human Development Report* 1994 einen Set von Indikatoren vor, der bei der Gewaltprävention in potentiellen Bürgerkriegsländern helfen und den bevorstehenden Zerfall gesellschaftlicher und staatlicher Strukturen anzeigen soll. Auch innerhalb der Weltbank ist ein Umdenkungsprozeß festzustellen. Zwar hatte sie bereits in der Vergangenheit in Subsahara-Afrika nach der Beendigung von Kriegen zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt, doch wird die Aufgabe der Friedenskonsolidierung nun systematischer erforscht und angegangen. Natürlich spielt hier auch das Interesse an neuen Kunden und die Selbstlegitimation als zentrale Entwicklungsagentur eine Rolle. So ist die Weltbank jüngst beim Aufbauprogramm für Bosnien zusammen mit der EU zur *leading agency* geworden und hat Kredite in Höhe von 450 Mio. Dollar für die nächsten vier Jahre in Aussicht gestellt¹⁰. Auch beim Aufbau der palästinensischen Autonomiegebiete hat sich die

⁹ Es wurden diejenigen Länder ausgewählt, in denen zwischen 1970 und 1990 mehr als 0,5 % der Bevölkerung von 1990 an den direkten oder indirekten Folgen von Krieg gestorben waren. Es handelt sich um: Afghanistan, Angola, Äthiopien/Eritrea, El Salvador, Guatemala, Iran, Irak, Kambodscha, Libanon, Liberia, Mosambik, Nicaragua, Somalia, Sudan, Uganda und Vietnam (vgl. Steward 1993a, 1993b, Steward/Wilson 1994: 32).

¹⁰ Insgesamt schätzt die Bank den Bedarf an Aufbauhilfe für die nächsten drei bis vier Jahre auf 5,1 Milliarden Dollar. Vgl. Frankfurter Rundschau (FR) v. 15.03.96, S. 2; FR v. 13.04.96, S. 2; FR v. 15.04.96, S. 1.

Weltbank als wichtiger Geldgeber hervorgetan¹¹.

1.2 Systematisierende und illustrierende Überlegungen

Angesichts der beschriebenen Defizite können Systematisierungen und Kategorisierungen der sozio-ökonomischen Kriegsfolgen einen nur vorläufigen Charakter haben (siehe u.a. Steward 1993a, 1993b, Steward/Wilson 1994, Green 1987, 1991). Im folgenden sollen die offensichtlichsten Kriegskosten auf drei Ebenen bestimmt und veranschaulicht werden¹²: die gesamtwirtschaftlichen Folgewirkungen, die Zerrüttungen der institutionellen und sozialen Infrastruktur, schließlich die Auswirkungen für die Haushalte und einzelnen Menschen.

Kriegsfolgen für die Binnen- und Außenwirtschaft

Kriegszerrüttungen machen sich im Bereich der *Binnenwirtschaft* insbesondere in den folgenden vier Bereichen bemerkbar:

a) Die Zerstörung von Produktionsanlagen und materieller Infrastruktur führt zur Stagnation und mitunter zu dramatischen *Einbrüchen des Bruttoinlandsprodukts (BIP)* sowie des Pro-Kopf-Einkommens (PKE). Insbesondere das Verkehrswesen (Straßen, Brücken, Eisenbahnlinien,

Hafenanlagen) und die Energieversorgung bieten Angriffsziele, die dem Gegner hohe Kriegskosten zufügen. Sie gehen oftmals über den unmittelbaren Zusammenbruch von Transportmöglichkeiten und Lieferbeziehungen hinaus, da dieser für die einzelnen Akteure auch psychologische Schockwirkung (Verlust von Sicherheit) hat. Schließlich führen die entstehenden finanziellen Engpässe zu einem Wertverlust des Kapitalstocks. Ein Beispiel für eine völlig kriegszerrüttete Binnenökonomie ist Mosambik: Die ökonomischen Verluste zwischen 1980 und 1988 beliefen sich auf 15 Mrd. US- $\text{\$}$; dies entsprach dem Vierfachen des BIP von 1988. Allein die Kosten für den Wiederaufbau des Straßensystems wurden auf 600 Mio. US- $\text{\$}$ geschätzt, also auf ca. ein Sechstel des BIP von 1988. Für Peru gehen Schätzungen davon aus, daß das Land infolge des Bürgerkrieges ein Vierteljahrhundert wirtschaftlichen Wachstums verpaßt hat. Allein durch Anschläge auf die Elektrizitätsversorgung gingen dem Land 1991 1,5 bis 2 % des BIP verloren.

b) Die wachsenden Militärausgaben bedeuten häufig eine Überdimensionierung des Staatshaushaltes und die *Verdrängung ziviler Ausgaben*. In Äthiopien führte dies 1987/88 dazu, daß die Militäraufwendungen sogar die Hälfte des Staatshaushalts in Anspruch nahmen. Die Aufblähung des Staatsbudgets hat zusammen mit der Knappheit ziviler Güter auch erhebliche *inflationäre Entwicklungen* zur Folge. Peru stellte in dieser Hinsicht in den 80er Jahren einen Extremfall dar: Die Geldwirtschaft war mit durchschnittlichen Inflationsraten von 287,3 % pro Jahr (1980-91) kaum funktionsfähig.

c) Die *landwirtschaftliche Produktion* fällt in Kriegszeiten zumeist dramatisch ab: Die Ernte wird vernichtet oder kann aufgrund von Flucht und Vertreibung nicht

¹¹ Vgl. Frankfurter Rundschau v. 01.04.96, S. 2.

¹² Die Daten für die zur Illustration angeführten Fallbeispiele stützen sich - soweit nicht anders vermerkt - auf folgende Quellen: Cranna 1994, UNDP 1994, AKUF 1995, diverse Presseberichte und eigene Berechnungen. Zusammenfassende Übersichten zu Ost-Timor/Indonesien, Irak/Zweiter Golfkrieg, Mosambik und dem früheren Jugoslawien finden sich in Debiel 1995a: 379-383; siehe außerdem Debiel 1995b: 62-66.

ausgesät bzw. eingefahren werden. Schätzungsweise 100 bis 200 Millionen Landminen weltweit lassen den Ackerbau zum lebensgefährlichen Risiko werden. In Kriegs- und Nachkriegszeiten kommen durch Landminen nach Schätzungen des Internationalen Roten Kreuzes monatlich 800 Menschen ums Leben, weitere 450 werden verletzt oder verstümmelt. UNICEF geht davon aus, daß seit 1975 etwa eine Million Menschen durch Minen getötet wurden¹³. Human Rights Watch (1993: 3) hat deshalb treffend Landminen als "a weapon of mass destruction in slow motion" bezeichnet.

d) Schließlich kommt es infolge von Krieg kommt zu einem *brain drain*: Insbesondere hochqualifizierte und wohl situierte Schichten verlassen das Land. Ein besonderer Verlust von Qualifikationen tritt ein, wenn Krieg - beispielsweise im Zusammenhang von Dekolonisierung oder ethnischer Vertreibung - mit dem Exodus gebildeter Bevölkerungsschichten zusammenfällt. Ein Beispiel ist Angola: Hier flohen innerhalb eines Jahres (1975-76) 90% der Portugiesen, die die Führungsschicht unter Geschäftsleuten, kommerziellen Farmern, öffentlichen Bediensteten, Ingenieuren, Ärzten, Lehrern und Geschäftsinhabern gestellt hatten (Hodges 1993: 160).

Die Folgen von Krieg für *Außenwirtschaft und Außenhandel* sind vor allem in dreierlei Hinsicht gravierend:

a) Das Absinken der Nahrungsmittel- wie auch der industriellen Produktion infolge von Krieg führt zu einer *erhöhten Importabhängigkeit*, sinkenden Exporteinnahmen und zu einem Anstieg der zumeist bereits vor Kriegsausbruch hohen Verschuldung (vgl. Smith 1994 : 12-14, sowie Tables 3, 4, 5). In Extremfällen ist

ein Bürgerkriegsland gänzlich auf ausländische Nahrungsmittel und Finanzhilfe angewiesen. Für Mosambik belief sich die Hilfe von außen 1992 auf 70 % des Wertes der Importe - ein Tatbestand, der *de facto* einem weitgehenden Souveränitätsverlust gegenüber der internationalen Hilfsgemeinschaft gleichkommt.

b) *Ausländische Investitionen* bleiben aufgrund der unsicheren Lage im Lande aus; insbesondere die Tourismusbranche - für manche Regionen (so v.a. für die Inselstaaten in Pazifik und Karibik) ein wichtiger bestehender bzw. potentieller Devisenbringer - liegt brach. In Osttimor gab es beispielsweise seit der indonesischen Invasion 1975 keinerlei ausländische Investitionen. Welches Entwicklungspotential Osttimor ohne Krieg gehabt hätte, zeigt ein Vergleich mit den Fidschi-Inseln, die von den sozio-ökonomischen Strukturdaten her deutliche Parallelen aufweisen. Allein durch einen florierenden Tourismus schafften es diese, jährliche Einnahmen von 123,6 Mio. US-\$ (1989) und ein (beachtliches) Pro-Kopf-Einkommen von 1650 US-\$ (1989) zu erzielen.

c) *Regionale Integrationsbestrebungen* werden durch die Zerstörung der Infrastruktur und eine mangelnde Erwartungsverlässlichkeit in den Wirtschaftsbeziehungen gehemmt. Güter müssen unter erheblichen Mehrkosten auf Umwegen transportiert werden. Insbesondere die sog. *Landlocked Countries (LLCs)* sind betroffen, wenn sie aufgrund von Kriegssituationen nicht die Häfen der Nachbarländer zur Verschiffung bzw. Löschung ihrer Export- und Importwaren benutzen können. Für das Südliche Afrika wurden die genannten Wirkungen recht gut erforscht. Das Sekretariat der *South African Development*

¹³ Frankfurter Rundschau v. 19.04.96, S. 2.

Coordination Conference (SADCC)¹⁴ legte für 1980 bis 1984 eine detaillierte Aufstellung der Kriegskosten vor, die durch die systematische Destabilisierungspolitik Südafrikas hervorgerufen wurden. Sie beliefen sich auf geschätzte 10 Mrd. US-\$. Eine UNICEF-Studie (1989: 35, zit. nach Meyns 1992 : 74) hat die Erhebung für 1985-88 fortgeführt und kommt auf Verluste von weiteren 34 Mrd. US-\$. 1988 ging man davon aus, daß Malawi durch den Krieg 40 % seines BIP eingebüßt hatte, Zimbabwe 25 %, Sambia 20% und Tansania 10 %. Insbesondere das Transportwesen war durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen worden. Die *Landlocked Countries* (LLCs) der Region mußten beispielsweise anstelle der mosambikanischen Häfen die Häfen Südafrikas zur Verschiffung von Waren benutzen; dies verursachte allein 1989 Kosten in Höhe von 300 Mio. US-\$ (Cranna 1994: 82).

In einer vergleichenden Studie von sechzehn besonders kriegsbetroffenen Ländern hat Steward (1993a: 11-13) unter den eben genannten und beispielhaft illustrierten Faktoren insbesondere ein starkes Abfallen der Nahrungsmittelproduktion, den Rückgang der Exporte, hohe Budgetdefizite und sehr hohe Inflationsraten nachweisen können. Interessant ist, daß die skizzierten Kriegsfolgen nicht überall gleichermaßen auftraten, sondern es erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern gab. Dabei ließ sich feststellen, daß Staaten wie Afghanistan, Mosambik und Nicaragua, die langanhaltende Bürgerkriege in weiten Teilen des Landes erlebten, stärker betroffen waren als Staaten, die in internationale Kriege verwickelt waren (Steward 1993a: 12-13, Steward/Wilson 1994: 32-44). Ins-

gesamt können offensichtlich Kriege, die zwischenstaatlich ausgetragen werden oder aber regional sowie zeitlich begrenzt sind, von den Ökonomien recht gut "verdaut" werden. Dies gilt um so mehr, wenn angesichts eines wenig ausgebildeten Binnenmarktes die ökonomische Integration eines Landes noch nicht weit fortgeschritten ist. So stellt Harneit-Sievers für den Biafra-Krieg (1967-70) fest: "Überspitzt ausgedrückt, war der Bürgerkrieg für Nigeria, jedenfalls für die Bundesseite, in längerfristiger wirtschaftsgeschichtlicher Perspektive ein 'Nicht-Ereignis'. (...) der strukturierende Einschnitt ist der Öl-Boom 1972/73, und hinter ihm verblissen alle anderen Diskontinuitäten." (Harneit-Sievers 1992: 45) Mitunter können Kriege in wohlhabenderen Ländern mit einem nennenswerten Wiederaufbaupotential sogar zu einer Modernisierung und Neustrukturierung der Ökonomien beitragen (vgl. Steward/Wilson 1994: 29), wie man nicht zuletzt anhand der bundesdeutschen Nachkriegsentwicklung zeigen kann.

Für langandauernde Bürgerkriege in ärmeren Ländern lassen sich derartige positive Nebenwirkungen freilich in den seltensten Fällen beobachten. Hier trägt Krieg in aller Regel zur Herausbildung und Chronifizierung von Entwicklungsblockaden bei. Die ärmeren und ärmsten Länder scheinen zudem überdurchschnittlich kriegsanfällig und insofern vom "Unterentwicklungsfaktor" Krieg in besonderem Maße betroffen zu sein. Dan Smith (1994: 7-8) hat auf Grundlage des Human Development Report von 1993 (UNDP 1993) 126 Entwicklungsländer entsprechend ihrem sozioökonomischen Entwicklungsstand (Human Development Index, HDI)¹⁵ in drei Grup-

¹⁴ 1992 wurde die SADCC in *Southern African Development Community* (SADC) umbenannt. 1994 trat Südafrika der SADC bei.

¹⁵ "Der HDI besteht aus drei Komponenten: Lebenserwartung bei Geburt; Bildungsniveau,

pen unterteilt. Von den 32 Ländern, in denen Krieg herrschte, waren nur vier im obersten Drittel, jedoch zwölf im mittleren und 16 Länder im unteren Drittel angesiedelt (Smith 1994: 7-8). Aus dieser Zuordnung läßt sich zwar keine Kausalität, wohl aber ein enger wechselseitiger Zusammenhang von Armut und Gewalt herauslesen.

Zerfall der institutionellen und sozialen Infrastruktur

Auf der institutionellen Ebene bedeutet Krieg oftmals eine Schwächung bestehender Strukturen und eine dramatisch verschlechterte Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen: Die Kapazität von Verwaltungen, Verbänden und Organisationen leidet unter schwindenden Ressourcen (sinkende Steuereinnahmen) und abnehmender Planungssicherheit. Entwicklungsstrategien werden vernachlässigt, da die verbleibende Aufmerksamkeit nahezu vollständig auf Kriegsplanungen gelenkt wird. Zudem wird oftmals die soziale Infrastruktur (Schulen, sanitäre Anlagen, Krankenhäuser) vernachlässigt, Kriegsschäden werden nicht behoben: Analphabetentum und ein Absinken des Bildungsniveaus sind die Folge; die Gesundheitsversorgung und die Versorgung mit sauberem Wasser bricht zusammen; die Sterblichkeitsrate, insbe-

sondere bei Kindern, steigt deutlich an; Krankheiten und Epidemien, die für überwunden gehalten wurden, brechen wieder aus. Bosnien-Herzegowina ist ein erschreckendes Beispiel: Hier hat sich die Kindersterblichkeit während des Krieges mehr als verdoppelt und betrug 1993/94 etwa 60 auf 1.000 Lebendgeburten. Für den Irak gehen verschiedene Schätzungen davon aus, daß in den ersten Jahren nach dem Krieg 100.000 Menschen, besonders Alte und Kinder, an der mangelhaften und durch das UN-Embargo verschärften medizinischen Versorgungslage starben. Die Kindersterblichkeit verdoppelte sich zwischen 1990 und 1992.

Die vergleichende Analyse von Kriegszerrüttungen zeigt, daß es auf der Ebene der institutionellen und sozialen Infrastruktur - ebenso wie auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene - erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern gibt: Während beispielsweise die sozialistisch regierten Staaten Nicaragua und Mosambik den Steueranteil am BSP im Verlaufe des Krieges steigerten und durch eine bewußte Politik den Anteil der Erziehungs- und Bildungsausgaben am BSP hielten, ging in Guatemala, dem Sudan, El Salvador und Äthiopien der Anteil der Sozialausgaben leicht zurück. In Uganda und Somalia brach die Regierungsmaschinerie zeitweise völlig zusammen (Steward 1993a: 13, Steward/Wilson 1994: 33). Die beschriebenen Kriegsfolgen auf der institutionellen Ebene und im Bereich der sozialen Infrastruktur bieten also ernsthafte Gefährdungspotentiale, deren Eintreten aber durch politische Steuerung entgegengewirkt werden kann.

Menschliches Leid und die Zerrüttung der Haushalte

bestehend aus der Alphabetisierung Erwachsener, die mit zwei Dritteln gewichtet ist, und der Gesamtrate aller Schüler und Studenten auf der Primar-, Sekundar- und der tertiären Bildungsstufe, die mit einem Drittel gewichtet ist; sowie Einkommen. (...) Die Behandlung der Einkommenskomponente ist sehr komplex. Der HDI nimmt eine Bereinigung des Realeinkommens (in PPP\$: die Kaufkraftparität berücksichtigenden Dollar) vor, um die sinkenden Nutzen höherer Einkommensniveaus für die menschliche Entwicklung zu berücksichtigen." (UNDP 1995: 21)

Auf der Mikro-Ebene äußert sich die Verschlechterung der Lage darin, daß die Haushalte sowohl auf den Märkten als auch im öffentlichen Bereich einen deutlich erschwerten Zugang zu Leistungen haben. Außerdem werden sie durch Tod, Krankheit, Flucht oder Einberufung von Mitgliedern zum Militär als sozio-ökonomische Einheiten zerrüttet (Steward 1993a: 17-20, Steward/Wilson 1994: 33-34). Die Verschlechterung der Lebenssituation läßt sich an einer Vielzahl von Indikatoren zu Gesundheit, Bildung und Ernährungssituation ablesen. Sie wird aber noch durch psychologische Traumatisierungen verschärft, die Menschen ihr Leben lang beeinträchtigen und lähmen können. Viele Frauen müssen nach Kriegsende traumatische Erfahrungen mit sexueller Gewalt verarbeiten. In manchen Konflikten ist zudem das Ausmaß der Kriegstraumatisierungen unter Kindern epidemisch (vgl. ausführlicher Kaatsch 1995, Salazar-Volkman 1995, UNICEF 1995).

Das Kinderhilfswerk UNICEF schätzt, daß in Mosambik 16 Prozent aller Mädchen während des Bürgerkrieges vergewaltigt wurden¹⁶. In einer anderen Untersuchung wurde festgestellt, daß 77 % der Kinder Augenzeugen eines Mordes an Zivilisten wurden, 88 % Mißhandlungen beiwohnten und 51 % selbst mißhandelt oder gefoltert worden waren (Boothby 1990, zit. nach Steward 1993a: 20). Doch Kinder sind oftmals Opfer und Täter zugleich. Man geht davon aus, daß 1990 weltweit etwa 200.000 Kinder unter fünfzehn Jahren in Kriegen mitkämpften (Smith 1994: 4). Beim Völkermord in Ruanda im Jahre 1994 hat die Gewalt von, gegen und unter Kindern unvorstellbare Ausmaße erlangt. Eine Studie kommt zu dem Ergebnis, daß

60 % der Kinder miterlebten, wie andere Kinder mordeten (vgl. Kaatsch 1995). Derartige Traumata bestimmen nicht nur persönliche Schicksale, sondern stellen auch bleibende gesellschaftliche Lasten für eine Rückkehr zu einem einigermaßen "normalisierten" Leben nach dem Kriege dar.

2 Die Kriegsorientierung von Wirtschaft und Gesellschaft

Krieg zerrüttet nicht nur bestehende wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen, sondern führt auch zum Aufbau veränderter Beziehungsmuster und der Herausbildung kriegsspezifischer Handlungsstrategien. Typische Bürgerkriegsökonomien - so etwa Birma, Angola, Kambodscha und Peru - sind dabei durch hohe Militärausgaben, Korruption, das Florieren illegaler Märkte für Drogen, Diamanten, Elfenbein, Edelhölzer, Waffen, Öl etc., die Aushöhlung staatlicher Institutionen sowie die Herausbildung mafioser Beziehungsnetze gekennzeichnet. Insbesondere in staatswirtschaftlich organisierten Wirtschaftssektoren weichen Produzenten noch stärker als in Friedenszeiten auf "Parallel-Märkte" aus, wo sie ein Vielfaches der staatlich festgesetzten Preise erzielen können (vgl. am Beispiel Angolas Sogge 1994: 100). Es bildet sich dabei eine mitunter schwer durchschaubare Mischung aus Staatsdirigismus und Schwarzmarktökonomie heraus. Das Ergebnis dieser Umstrukturierung der sozio-ökonomischen Beziehungen ähnelt sich: Die Erwartungsverlässlichkeit gesellschaftlichen Miteinanders wird neuen Regeln unterworfen, mitunter werden soziale Beziehungen durch verallgemeinertes Mißtrauen überlagert. Außerdem gewinnen spezifische Qualifikationen für gesellschaftliche Auf- bzw. Abwärtsmobilität an Bedeutung (Improvisations-

¹⁶ Frankfurter Rundschau v. 19.04.96, S. 2.

fähigkeit, Skrupellosigkeit, Fähigkeit zur Etablierung von Beziehungsnetzen etc.).

Verheerend sind chaotisierte Bürgerkriege, die mit einer sozialen und kulturellen Desintegration von Gesellschaften einhergehen: Hier geht jeder Respekt für Eigentum und Gesetz, aber auch traditional begründete Verpflichtungen verloren - mithin die Grundlage funktionierender ökonomischer Austauschbeziehungen. Im Extremfall entstehen "Raub- und Plünderungswirtschaften", in denen in aller Regel Militärs und hohe politische Funktionäre führend sind.

Im folgenden soll schlaglichtartig auf drei Aspekte von Kriegswirtschaften eingegangen werden, die besondere Beachtung verdienen:

- das Florieren illegaler Märkte und die Herausbildung von Bereicherungswirtschaften, die einem Teil der Bevölkerung, insbesondere den Eliten, erhebliche Vorteile bringen können;
- die Positionsveränderung sozialer Gruppen in Kriegszeiten, die für bestimmte gesellschaftliche Schichten (Armee, Händler, reiche Farmer) Statusgewinne, für andere (Subsistenzbauern, Nomaden) soziale Positionsverluste bedeuten können - je nachdem, ob sie in der Lage sind, von der Kriegssituation zu profitieren oder ob sie zum Spielball neu entstandener Machtkonstellationen werden;
- schließlich die mitunter prägende Bedeutung, die externe Hilfsleistungen auf die Märkte und das sozio-ökonomische Beziehungsflecht in katastrophengeplagten Regionen haben können.

2.1 Das Florieren illegaler Märkte und das Entstehen von Bereicherungswirtschaften

Kriegszeiten bieten besonders günstige Voraussetzungen für die Herausbildung informeller Handelsnetze mit Alltagsprodukten wie auch für den illegalen Handel mit Waffen, Drogen und Rohstoffen wie Diamanten, Edelhölzern etc. Antriebsfaktoren für den Aufbau derartiger Handelsbeziehungen sind der Zusammenbruch formeller Handelsbeziehungen und die Verknappung von Gütern. Mitunter eröffnen sich auch besondere Chancen, legale Regulierungen zu umgehen. Der Schwarzhandel wird zudem durch den Zerfall legitimer Ordnungsstrukturen und die oftmals hohen Gewinnspannen begünstigt. Schließlich ist Krieg oftmals mit der Flucht von Kapital verbunden, das auf verdeckten Währungsmärkten getauscht wird und mitunter auch als Schmiermittel einer florierenden Schwarzmarktökonomie fungiert¹⁷.

Derartige Handelsstrukturen etablieren sich - insbesondere wenn sie innerhalb von Kriegszonen gelegen sind - unter reger Beteiligung von Offizieren der Kriegsparteien. Durch die Kontrolle der Transportwege können sie sich mittels Schutz- und Wegegebühren sowie Abgaben bereichern. Der Übergänge zwischen Regierungsmacht, der Herrschaft von *warlords* und reinem Banditentum werden hier fließend (vgl. Luder mann 1995). Wie vielfältig die Möglichkeiten dieser *Bereicherungswirtschaften* sind, beschreibt Bernd Luder-

¹⁷ Duffield (1994: 8) hat herausgearbeitet, wie die (durch den Krieg begünstigte) Kapitalflucht aus dem Sudan dazu geführt hat, daß in Uganda ein größerer Schwarzmarkt für konvertible Währungen sowie ein Umschlagplatz für Güter aus den verschiedensten Regionen Afrikas entstand.

mann (1995: 7) anhand von Beispielen: So "verkaufte die UNITA in Angola Diamanten und exportierte gewildertes Elfenbein; die Roten Khmer in Kambodscha und die Warlords in Liberia betrieben Raubbau am Regenwald. Anderen Warlords bietet der Drogenhandel eine Einkommensmöglichkeit, etwa in Kolumbien, Burma und Afghanistan. Oder Waffen und andere von außen kommende Güter werden geschmuggelt und im Land gehandelt. An der Unterschlagung oder Plünderung gespendeter Nahrungsmittel haben Milizen im Sudan und Somalia so gut verdient, daß die Hilfe dort zu einem Grund weiterer Kämpfe geworden ist."

Das *Florieren von Drogenökonomien* in Zeiten des Krieges, das sich insbesondere in Südamerika sowie Zentral- und Südostasien beobachten läßt, zeigt in besonderer Weise, wie die Herausbildung von Macht- und Kartellstrukturen sowie der illegale Aufbau transnationaler Handels- und Beziehungsnetze zum prägenden Wirtschaftsfaktor werden können¹⁸. Allein das Potential ist beeindruckend: So schätzten Experten Ende der 80er Jahre, daß sich die jährlichen Gewinne aus dem Drogengeschäft auf 200 bis 300 Mrd. US-Dollar beliefen¹⁹.

¹⁸ Vgl. zum folgenden: Der Welt-Drogen-Bericht 1993: 255-272; siehe auch George 1992, Shams 1992, Couvrat/Pless 1993.

¹⁹ Bei der Angabe von 200-300 Mrd. US-\$ handelt es sich freilich laut Couvrat/Pless (1993: 49) um das "Ergebnis einer gewagten Extrapolation" von Zahlen der US-amerikanischen *Drug Enforcement Agency* (DEA). Sie haben die Schätzung überprüft und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß der illegale Drogenweltmarkt 1987 maximal 150 Mrd. US-Dollar umfaßte, wobei die Drogen beim Import in den Norden einen Wert von knapp 30 Mrd. US-Dollar hatten (Couvrat/Pless 1993: 93-94). Andererseits gibt es auch Schätzungen, die deutlich höher als die häufig genannten 200-300 Mrd. US-\$ liegen. So wurde Ende 1994

Drogenwirtschaften bilden auf jeder Stufe, wie der französische Soziologe Alain Joxe es formulierte, "einen Ort der Machtsteigerung, insbesondere des Militärs". Der Preis der Drogen explodiert regelrecht auf dem Weg vom Produzenten zum Konsumenten, was die Herausbildung multinationaler Kartelle befördert²⁰. Doch bereits auf der untersten Stufe von Drogenwirtschaften haben Militärs und Guerillaarmeen, indem sie den Verkauf der Anbauprodukte besteuern, Zugriff auf die Gewinnspannen. In Peru fordert der Leuchtende Pfad (*Sendero Luminoso*) beispielsweise eine 10%ige Steuer auf den Verkaufspreis der Cocablätter ein. Profitabler ist allerdings die nächste Stufe: der Handel mit dem Ausland. Sowohl der *Sendero Luminoso* als auch die Revolutionäre Bewegung Túpac Amaru (MRTA) und die Armee versuchen in Peru, hierüber die Kontrolle zu erlangen, und haben sich deshalb bereits militärische Auseinandersetzungen geliefert. Der *Sendero Luminoso* ist im übrigen ein markantes Beispiel für die Verwandlung einer ehemals politischen Guerillabewegung in eine Drogen- und Terrorguerilla.

Der enge Zusammenhang von Krieg und Drogenökonomie wird auch in anderen Weltregionen deutlich. Im Süden Afghanistans schöpfte der Mudschahedin-Kommandant Rasoul Akhuzada fünf Prozent des Verkaufspreises von Opium ab, um

auf einer UN-Konferenz zur organisierten Kriminalität sogar der Wert von 750 Mrd. US-Dollar gehandelt (Lintner 1995: 62) - ein Betrag, der ziemlich genau den Weltmilitärausgaben entspräche.

²⁰ So entsteht bei Kokain aus der Produktion einer Menge im Wert von einem Dollar ein Endverkaufspreis von 200 Dollar, bei Opium/Heroin liegt das Verhältnis sogar bei 1:2000. "Die Eroberung dieser Gewinnspannen, die das Risiko entlohnen, ist der ständige Ehrgeiz des multinationalen Verbrechens." (Couvrat/Pless 1993: 51)

seine über 5.000 Mann starke Armee zu unterhalten. Und auch bei den Taliban-Milizen, die 1996 einen Großteil des Landes kontrollierten, gibt es Hinweise darauf, daß sie allem moralischen Rigorismus zum Trotz erheblichen Nutzen aus dem Drogen-Handel ziehen. Im Goldenen Dreieck (Birma, Thailand, Laos) erhebt der *warlord* Khun Sa Schutzgelder auf die Begleitung von Opium-Transporten, die aus dem Norden Birmas nach Thailand gelangen. Zudem gibt es mittlerweile eine Reihe von Zweckbündnissen zwischen Militärs, örtlichen Beamten und Rebellenarmeen, in denen wechselseitige politische und wirtschaftliche *claims* abgesteckt werden. Andere Guerillagruppen betätigen sich auf der Ebene des internationalen Handels. So richteten die *Tamil Tigers* in Sri Lanka Netze für den Export von Heroin nach Europa ein, um aus den Profiten ihren Unabhängigkeitskampf zu finanzieren.

Waffen- und Drogenhandel mischen sich im übrigen in vielfältiger Weise. Waffenhändler offerieren den Käufern - also Guerillaarmeen, Milizen, paramilitärischen Organisationen und Regierungstruppen - oftmals zugleich Drogen. Diese können dann durch den Weiterverkauf der Drogen einen Teil ihrer Ausgaben bestreiten - und bleiben treue Kunden des Lieferanten. Peter Lock hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß die Kommunikationsstrukturen und Finanzkanäle der internationalen Drogennetze sich hervorragend für die Schwarzhandel mit Kleinwaffen eignen (Lock 1995: 79). Mitunter werden sogar offizielle Waffenkäufe über dieses Waffen-Drogen-Geschäft finanziert: So haben die in Birma herrschenden Militärs, die 1989 die Geldwäsche aus Drogengeschäften quasi legalisierten, Waffenkäufe in der VR China mit Gewinnabschöpfungen aus dem Heroinschmuggel bezahlt. Die

Armee in Pakistan - und insbesondere ihr lange Zeit vom CIA unterstützter Geheimdienst *Inter Services Intelligence* (ISI) - profitierte und profitiert vom Afghanistankrieg und dem entsprechenden Drogenhandel. Die Einkünfte werden auf mehrere hundert Millionen Dollar geschätzt.

Schließlich gibt es auch Kriege um Drogen. In der Region von Casamance im Senegal haben die Militärs Diola-Rebellen gefoltert, damit sie ihnen die Lage der Cannabisfelder verraten. In Kolumbien unterscheiden sich die (einstmals) kommunistischen Guerilleros in ihrem Verhalten kaum mehr von den "Narkos"; die verschiedenen bewaffneten Gruppen sind untereinander in Kämpfe um Drogen verstrickt. Im Nordosten Birmas ist Ende November 1992 ein gewaltsamer Konflikt zwischen zwei mit der birmesischen Militärjunta verbündeten Clans um die Opiumkontrolle ausgebrochen. Für den Libanon gehen Couvrat/Pless (1993: 94-95) davon aus, daß die jährlich umgesetzten Drogengelder für Cannabis und Opiate eine Größenordnung von 2 Mrd. US-Dollar erreichen und nicht nur die Waffenimporte finanzieren, sondern selbst auch Gegenstand der Auseinandersetzungen sind. Das Florieren illegaler Märkte wird also nicht nur durch Kriegszerrüttungen begünstigt, sondern kann selbst wiederum zu einer Verfestigung gewaltträchtiger Strukturen führen.

Eine pointierte Interpretation illegaler Handelsnetze hat Jean-François Bayart (1995) anhand Afrikas entwickelt. Für ihn stellt die Herausbildung des international organisierten Verbrechens in gewisser Weise eine "neue Nische in der Weltwirtschaft" dar. Das Entstehen mafioser Strukturen führe somit "keineswegs zu einer Ausgliederung aus der Welt-

wirtschaft, sondern zu einer neuen Form der Eingliederung" mit Hilfe von Geldwäsche, Rauschgifthandel, der illegalen Ausfuhr von Diamanten, Edelmetallen, landwirtschaftlichen Produkten, Kunstwerken und Wild sowie sogar der Rückkehr zum Menschenhandel (Bayart 1995: 65, 67)²¹. Daß der Schmuggel illegal erwirtschafteter Gelder nach Europa unter Duldung oder gar Komplizenschaft und Beteiligung europäischer Politiker, Militärs und Geschäftsleute vor sich geht, hat François Xavier Verschave (1995) am Beispiel der franko-afrikanischen Beziehungen aufgezeigt. Die zunehmende Verwandlung kleptokratischer zu mafiosen Herrschaftsstrukturen führt zu einer perversen Situation: Während sich die politisch und wirtschaftlich Mächtigen Afrikas - den Drogenbaronen Kolumbiens, Thailands sowie des südlichen China folgend - an die Weltwirtschaft ankoppeln, gerät die große Mehrheit in immer größere ökonomische und soziale Abhängigkeiten.

Das Drogengeschäft ist ein überaus ernstzunehmender Wirtschaftsfaktor. Dies zeigt insbesondere Kolumbien, das etwa vier Fünftel des verarbeiteten Kokains weltweit herstellt und drittgrößter Opiumproduzent ist: Das Vermögen der Drogenhändler erreicht hier die Höhe des jährlichen Bruttosozialprodukts, das sich auf 55 Mrd. US-Dollar beläuft. Pro Jahr fließen Drogengelder in Höhe von zwei bis fünf Mrd. US-Dollar in die kolumbianische

Wirtschaft zurück; dies entspricht vier bis neun Prozent des BSP (Lee 1995: 66-67). Die Drogenwirtschaft kann dabei durchaus positive Effekte haben: Der Devisenzustrom wirkt sich günstig auf die Zahlungsbilanz aus; es entstehen direkte und indirekte Einkommens- und Beschäftigungswirkungen; Drogeninvestitionen können zu einem regional begrenzten Wirtschaftsboom führen und "linkage"-Effekte haben (Eschenbacher 1990: 165). Freilich profitieren in großem Umfang nur die Drogenbarone von diesen Entwicklungen. Von daher ist dem Fazit von Couvrat/Pless (1993: 94) zuzustimmen, demzufolge die Drogenökonomie "für die Produzentländer mit ihrer Gewalt [...] trotz der anfangs unbestreitbaren unmittelbaren Vorteile geradezu ein Krebs [ist], der ihrer langfristigen Entwicklung schadet".

2.2 Profiteure und Verlierer in anhaltenden Notsituationen

Bereicherungswirtschaften entstehen nicht nur durch das Florieren illegaler Märkte. Not- und Katastrophensituationen, wie man sie insbesondere bei langandauernden Bürgerkriegen findet, führen bereits von sich aus zu einer sozio-ökonomischen Verwundbarkeit großer Bevölkerungsgruppen, die Bereicherungsmöglichkeiten für stärkere Schichten eröffnet. Dieser Aspekt ist um so relevanter, als sich seit Ende der 80er Jahre eine Zunahme komplexer, hartnäckiger Katastrophensituationen beobachten läßt.

Anhand des Fallbeispiels Sudan hat Mark Duffield (1994, 1992: 52-53) aufgezeigt, wie besonders verwundbare Gruppen auf ökonomische und ökologische Krisensituationen reagieren: "Apart from reducing food consumption, coping strategies can involve labour migration, petty trading activities, the accumulation of debt,

²¹ Ein Beispiel für diese Entwicklung ist Kenia. Begünstigt durch eine nur schlecht kontrollierte Küste und seine beiden internationalen Flughäfen in Nairobi und Mombasa, ist das Land zum Umschlagplatz für Drogen aus Asien geworden ist. Haschisch und Heroin aus der afghanisch-pakistanischen Grenzregion sowie die synthetische Halluzinationsdroge Mandrax aus Indien werden von hier aus v.a. nach Europa und Nordamerika weitergeleitet (Frankfurter Rundschau v. 20.05.96, S. 24).

gathering wild food stuffs and, as a last resort, the sale or pledging of such subsistence assets as livestock, land or jewellery, often at rock bottom prices." (Duffield 1994: 51, vgl. am Beispiel Angolas auch Sogge 1994: 102-104) Derartige Anpassungsstrategien, zu denen Nomaden, Farmer und Landarbeiter greifen, sind kurzfristig zum Zweck des Überlebens zwar funktional, mittel- und langfristig erhöhen sie aber die Verwundbarkeit der ärmsten Bevölkerungsgruppen: Sie entäußern sich ihrer Überlebensressourcen, begeben sich in neue Abhängigkeiten und verbauen sich dadurch den Rückweg aus der Armut. Profiteure sind Händler und Mittelsmänner, aber auch die reichen ländlichen Erzeuger. Denn diese können - oftmals zu Tiefstpreisen - Besitz- und Wertgegenstände (z.B. Vieh, Land, bewegliches Eigentum) erwerben (Duffield 1995: 52, 57-58).

Für den nigerianischen Bürgerkrieg (1967-70) hat Harneit-Sievers (1992: 113-114) die Bereicherungsmöglichkeiten der Eliten anschaulich beschrieben: "Als Kriegsgewinnler galten vor allem die großen Kaufleute, die im Hintergrund den *attack trade* organisierten oder Nahrungsmittelleinkäufe für die Armee tätigten; auch hohe Verwaltungsbeamte, etwa solche, die mit der Benzindistribution befaßt waren, besaßen gute Akkumulationschancen. (...) Manche Kriegsgewinnler (...) erwarben mit ihren Vermögen rechtzeitig Fahrzeuge, traditionelle *chieftaincy*-Titel oder (...) auch Grundstücke, das heißt Besitz, den sie auch über das Kriegsende hinaus zu bewahren vermochten."

Es ist oftmals ein kleiner Schritt, der von Bereicherungsstrategien, die aus der Not geboren werden, zu Ausbeutungsstrategien führt, die offen kriminelle Methoden anwenden (vgl. für den Sudan Keen 1994: 112-116). Neben der Besitzaneignung

durch Plünderungen greifen Kriegsparteien häufig zu einer bewußten An- und Umsiedlungspolitik oder zur Bewaffnung sympathisierender Bevölkerungsgruppen, um die eigene Klientel zu begünstigen bzw. Anhänger der Gegenseite zu bedrängen (Duffield 1994: 55, 1992: 54-55, de Waal 1991: 211-230). In Kriegs- und Krisensituationen kommt es in besonderem Maße und oftmals entlang ethnischer Zugehörigkeiten zu Vertreibungen, die zu einer Neuverteilung von Land- und Kapitalbesitz führen. Ein bekanntes Beispiel ist Uganda, wo 1972 die Asiaten, die bis dato eine zentrale Rolle in Handel und Industrie gespielt hatten, vertrieben wurden. Profiteure waren Armeeoffiziere und Anhänger der Regierung Amin, die sich den entsprechenden Besitz aneigneten. Nicht zuletzt nutzen sowohl Regierungs- als auch Guerillaarmeen ihre Hoheit, um - insbesondere in ländlichen Gebieten - den produzierten Mehrwert über Steuern abzuschöpfen. Gerade im Exportsektor entsteht schließlich häufig eine Günstlings- und Pfründewirtschaft, mit der sich hohe Militärs und politische Funktionäre Zugriff auf lukrative Renteneinkommen verschaffen.

Kurzum: In komplexen Notsituationen entsteht ein neues Bedingungsverhältnis politisch-gesellschaftlicher und sozio-ökonomischer Beziehungen. Es erscheint insofern angemessen, von einer spezifischen (freilich je nach Land anders gestalteten) "politischen Ökonomie des Krieges" zu sprechen²². Herrschaftsstrukturen, die wesentlich durch durch Macht, Geschlecht²³ sowie ethnische und Clan-

²² Vgl. für Teile Afrikas: Clapham 1990, Downs et al. 1991.

²³ Die Geschlechterbeziehung verändert sich im Krieg in verschiedener Weise: Frauen werden gegenüber (männlicher) Gewalt verwundbarer und sind durch eine erhöhte Arbeitsbelastung beansprucht. Andererseits lösen sich aber auch

Zugehörigkeit geprägt sind, bestimmen hierin maßgeblich die ökonomischen Erfolgchancen mit; wirtschaftlicher Wettbewerb oder auch wechselseitige Verpflichtungen auf traditionaler Basis verlieren hingegen an Bedeutung.

2.3 Internationale Hilfsleistungen und die "politische Ökonomie des Krieges"

Insbesondere in verarmten Katastrophenregionen können externe Hilfsleistungen erhebliche Bedeutung und Prägekraft für diese "politische Ökonomie des Krieges" gewinnen. Ihre Rolle ist dabei ambivalent. Einerseits tragen internationale Hilfsleistungen zur Milderung des Leids für die betroffenen Menschen bei. Andererseits können Hilfsleistungen auch zum integralen Bestandteil von Bürgerkriegsökonomien werden und zerstörerische Strukturen verstärken. Stremlau (1977: 238) hat die Situation in Biafra 1968/69 gar als eine "relief economy" bezeichnet, "als eine vor allem durch Hilfsaktionen überlebende und dadurch weiterhin kriegsfähige Volkswirtschaft" (Harneit-Sievers 1992: 58). Auch wenn dieser Begriff überspitzt ist und Gefahr läuft, den gerade in Notsituationen zentralen Rückgriff auf traditionelle Netzwerkstrukturen und subsistenzökonomische Anpassungsstrategien zu vernachlässigen, so bringt er doch die entscheidende Rolle, die externer Hilfe für die Kriegsverlängerung zukommen kann, gut auf den Punkt²⁴.

traditionelle Formen der Arbeitsteilung auf, was zu einem (häufig nur vorübergehenden) Statuszuwachs von Frauen führen kann. Vgl. hierzu Bushra/Piza-Lopez 1994 sowie am Beispiel des Biafra-Krieges Harneit-Sievers 1992: 118-119.

²⁴ Für die erste großangelegte Hilfsoperation in Afrika, die Luftbrücke nach Biafra, sind Bedeutung und Ambivalenz (mögliche Kriegsverlängerung) humanitärer Hilfe von Harneit-

Wie lassen sich nun die zerrüttenden und verzerrenden Einflüsse präzisieren, die internationale Hilfsleistungen auf die sozio-ökonomischen Beziehungen in Krisenregionen haben können? Für das Horn von Afrika wurden vier Beobachtungen gemacht, die man vermutlich auf ähnliche Fälle übertragen kann²⁵:

- a) Der massive Zufluß von Nahrungsmitteln wie auch der Aufkauf von Getreide in Nachbarstaaten bedrohter Regionen führt zu einer enormen *Verzerrung der lokalen Marktstrukturen*. Das eingespielte System von Lagerung, Lieferverpflichtungen und Preisbindungen wird durcheinandergebracht. Das Resultat sind in der Regel hohe Spekulationsgewinne für Händler, kommerzielle Farmer und Transportunternehmer. Außerdem werden bei Hilfsaktionen durch das Mieten von Fahrzeugen und Gebäuden sowie das Einstellen von Personal und Wachposten neue Einkommensquellen geschaffen, die in Konkurrenz zu anderen Beschäftigungen stehen. Der Zugang zu ihnen kann zum Gegenstand von Konkurrenz und Patronage werden.
- b) Großangelegte Hilfsoperationen führen mitunter zu einer immensen Aufstockung der Staatsfinanzen. Es gibt die verschiedensten Strategien der *Abschöpfung ausländischer Gelder*: das Entrichten von Gebühren und Steuern, die Versorgung mit harter Währung oder indirekt durch einen manipulierten Umtauschkurs. Besonders wirkungsvoll ist die letztere Möglichkeit: Die einheimische Währung wird bewußt nicht

Sievers (1992: 75-86) gut dokumentiert und analysiert worden.

²⁵ Vgl. zum folgenden Duffield 1994: 59-63, Duffield 1992: 55-58, Clapham 1990: 410-414, de Waal/Omaar 1996.

abgewertet. Dadurch wird bei jedem offiziellen Tausch von "harten" Devisen in die "weiche" Landeswährung ein erheblicher Gewinn erzielt, der sich in vielen Fällen auf den mehrfachen Wert der tatsächlichen Transaktion beläuft. Es wird beispielsweise geschätzt, daß die sudanesishe Regierung auf diese Art und Weise aus der *Operation Life Line* 1989 die Hälfte ihres Militäretats finanzieren konnte.

- c) *Nahrungsmittelhilfe* wird oftmals von den jeweils vorherrschenden Bürgerkriegsparteien *abgezweigt*, um die eigenen Truppen und Milizen zu versorgen. Auch Nachbarstaaten, in die sich Menschen aus Bürgerkriegsregionen flüchten, können von Notsituationen profitieren, indem sie überhöhte Hilfsleistungen akquirieren. Beispielsweise übertrieb die somalische Regierung in den achtziger Jahren die Zahl der Flüchtlinge aus dem Ogaden. Sie erhielt dadurch zusätzliche Spendenmillionen und Getreidelieferungen, die sie für den einheimischen Gebrauch sowie die eigene Armee nutzte. Das Beispiel zeigt auch, daß die internationale Reaktion auf derartigen Mißbrauch oftmals träge ist: Obwohl es nämlich seit 1981 Hinweise auf die Manipulationen gab, kam es erst 1988 zum endgültigen Eklat mit dem Hohen Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) (Labahn 1990: 170-171).
- d) Wird *Nahrungsmittelhilfe* gar *als Waffe* eingesetzt, indem sie oppositionsgegenneigten Bevölkerungsgruppen im Rahmen einer *Counter-Insurgency*-Strategie verwehrt wird, ergibt sich eine gänzlich problematische Verquickung von äußerer Hilfe, sozialer Grundversorgung und Kriegführung. Für Äthiopien ist nachgewiesen worden,

daß Regierungs- wie Oppositionsgruppen Getreidevorräte und Hilfslieferungen vernichteten oder bedürftigen Menschen verweigerten, wenn dies der Gegenseite Schaden zufügte²⁶.

Angesichts dieser negativen Folgen muß die Frage ernst genommen werden, ob der Nutzen humanitärer Hilfe für die ökonomisch wie sozial schwachen Bevölkerungsgruppen stets die Nachteile aufwiegt. Zweifelsohne ist es das Verdienst internationaler Hilfe, einem Teil der Bevölkerung das Überleben zu ermöglichen. Doch das dadurch aufgebaute, fremdbestimmte Sicherheitsnetz trägt mitunter dazu bei, interne Reaktionsmechanismen zu schwächen oder gar die Ressourcenbasis der Mächtigen zu stärken. Internationale Hilfe bewegt sich mithin auf der Scheidelinie zwischen karitativer Verpflichtung und der Gefahr einer Verfestigung von Krisensituationen (Duffield 1994: 64-66). Einfache Wegweisungen auf dieser Scheidelinie gibt es nicht. Wichtig erscheint aber, daß sich humanitäre Hilfe in komplexen Katastrophen nicht politisch blind verhält, sondern als Teil eines politischen Prozesses begreift. Da lokale gesellschaftliche Strukturen, insbesondere die Tradition der Selbsthilfe, der zentrale Faktor für die Bewältigung von Katastrophensituationen sind, sollte jede Hilfspolitik bei ihnen ansetzen. (vgl. Duffield 1994: 65-66, sowie ausführlich zur Problematik Debiel/Nuscheler 1996).

Dieser Hinweis zeigt bereits, daß Entwicklungspolitik in Kriegssituationen nicht auf reaktive Nothilfe reduziert werden darf. Denn auch in Kriegssituationen ist die Schaffung produktiver Beschäftigungsmöglichkeiten oftmals wirksamer als

²⁶ Am Beispiel Tigrays 1980-84 sowie Eritreas 1984-88 siehe de Waal 1991: 133-156, 177-194; Cliffe 1994; Matthies 1992: 197-199.

Nahrungsmittelhilfe, um Notsituationen zu bewältigen. Von daher kann eine klug angepaßte Entwicklungshilfe einen wichtigen Beitrag leisten, die sozialen und ökonomischen Kosten von Kriegen bereits in der Zeit des Krieges einzudämmen. Steward (1993a: 23-24) plädiert in diesem Zusammenhang insbesondere dafür, "to redesign the development efforts so that they are less vulnerable to attack - e.g. building minor, untarmacked roads, small airstrips, mobile schools and health posts, mini-energy projects, rather than massive projects which are obvious targets and building small scale dispersed industry rather than large centralised factories".

3 Von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft: Wiederherstellung und Transformation der Binnenwirtschaft

Die Skizze von Kriegszerstörungen sowie der Herausbildung spezifischer Merkmale von Kriegsökonomien läßt ahnen, welche große Herausforderung die Rückkehr zu friedlichem Wirtschaften ist (vgl. UNRISD 1993, 1994). Diese Rückkehr muß eingebettet sein in einen umfassenden Prozeß der "Friedenskonsolidierung"²⁷. Unter Frie-

denkonsolidierung läßt sich das Bemühen verstehen, die Abwesenheit von Krieg zu stabilisieren und zugleich die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen für einen dauerhaft gewaltfreien Konflikt-austrag anzulegen (vgl. Liese 1996: 19).

Im Bereich der sozio-ökonomischen Friedenskonsolidierung ist es hilfreich, zwei Aspekte zu unterscheiden: die Aufgabe der Wiederherstellung und die der Transformation (vgl. Renner 1994). Bei der Wiederherstellung geht es darum, das Erbe der materiellen Kriegszerstörungen und die Wiedereingliederung von Flüchtlingen und Kombattanten zu bewältigen. Transformation hingegen meint die eher qualitative Aufgabe, entwicklungshemmende Wirtschaftsstrukturen, die aus dem Krieg, aber auch aus ungünstigen Vorkriegsverhältnissen resultieren können, durch tragfähige zivile Entwicklungsmuster zu ersetzen²⁸. Sozio-ökonomische Friedenskonsolidierung ist - wie Volker Matthies (1995a: 35) treffend festgestellt hat - letztlich ein "Spezialfall von allgemeiner Entwicklungsproblematik unter extrem schwierigen Rahmenbedingungen". Sie bildet also ein Zwischenglied zwischen der (an Bedeutung stark gewachsenen) Krisen- und Katastrophenhilfe und der längerfristig orientierten Entwicklungshilfe (vgl. Matthies 1995b: 95, Klingebiel 1994).

²⁷ Es ist eines der großen Verdienste der "Agenda für den Frieden", daß sie die Diskussion um die dauerhafte Friedensschaffung in der Folge von Kriegen (*post-conflict peacebuilding*) angestoßen hat. Boutros-Ghali versteht unter Friedenskonsolidierung bei innerstaatlichen Konflikten den Wiederaufbau von Institutionen und Infrastruktur kriegszerrütteter Gesellschaften. Sie umfaßt eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen, die von der Demobilisierung der Kombattanten über die Überwachung von Wahlen bis hin zur Bewältigung wirtschaftlicher Probleme des Übergangs vom Krieg zum Frieden reichen (Boutros-Ghali 1992: § 15, § 55-59).

²⁸ Einen eigenen Problembereich, auf den hier nicht näher eingegangen werden soll, stellt die Konversion der Rüstungswirtschaft dar. Er ist insbesondere für die fortgeschritteneren Entwicklungs- bzw. die Schwellenländer relevant. Siehe hierzu v.a. Huck 1993; aktuelle Daten finden sich in BICC 1996: 258-279.

3.1 Die Aufgabe der Wiederherstellung

Die Aufgabe der Wiederherstellung²⁹ umfaßt zum einen den Wiederaufbau der sozialen und materiellen Infrastruktur, der Voraussetzung produktiven Wirtschaftens ist. Sodann geht es um die Repatriierung von Flüchtlingen und die Demobilisierung und Reintegration von Ex-Kombattanten, in deren Folge erst eine Partizipation möglichst vieler Menschen am Produktionsprozeß möglich wird.

Der Wiederaufbau der sozio-ökonomischen Infrastruktur

Die hohe Priorität, welche dem Wiederaufbau der *sozialen Infrastruktur* zukommt, läßt sich schon aus der großen Zahl von verkehrten, erkrankten und gesundheitlich geschwächten Menschen ableiten; auch ist es aufgrund der verschlechterten hygienischen Verhältnisse notwendig, entschieden der Ausbreitung von Krankheiten und Epidemien entgegenzuwirken. Darüber hinaus geht es darum, durch die Etablierung ländlicher Gesundheitsdienste dem durch Kriege in der Regel verstärkten Urbanisierungstrend entgegenzuwirken und die ländlichen Regionen für die Bevölkerung attraktiv zu machen. In Gesellschaften mit hoher Analphabetenrate und einer geringen Ausbildung von Humankapital ist zudem zügig ein Angebot von Erziehungs-, Aus- und Weiterbildungsprogrammen aufzubauen. Denn bei einer Knappheit an qualifizierten Arbeitskräften stößt ökonomische Entwicklung - selbst bei massiven ausländischen Kapitalzuflüssen - rasch auf Grenzen.

²⁹ Eine interessante Auflistung von Maßnahmen für die Wiederherstellung von Friedensökonomien am Horn von Afrika findet sich in Doornbos et al. 1992: 222-229.

Die Wiederherstellung des Ausbildungssystems ist um so dringender, wenn in Kriegen bewußt gegen die Bildungselite und Intellektuelle vorgegangen wurde. Der Demozid in Kambodscha ist hierfür ein dramatisches Beispiel, wurden hier doch während der Terrorherrschaft der Khmer Rouge 82% der Ärzte, 65% der Lehrer und die Hälfte der High School-Studenten getötet (ESCAP Secretariat 1992: 24).

Die Reparatur der *wirtschaftlichen Infrastruktur* wie auch die Beseitigung größter Umweltschäden ist die materielle bzw. stoffliche Voraussetzung friedlichen Wirtschaftens. Das bereits skizzierte Ausmaß der Zerstörungen - insbesondere des Verkehrs- und Transportwesens wie auch der Energieversorgung - hatte ja genau den Zweck, die wirtschaftliche Grundversorgung sowie den Handelsaustausch lahmzulegen. Besonders dringlich ist in diesem Zusammenhang die entschlossene Räumung von Landminen - zumindest auf Verkehrs- und Transportwegen sowie den Ackerbau- und Viehwirtschaftsflächen. Denn ohne derartige Maßnahmen bleibt eine Rückkehr zu einem normalen Wirtschaften unmöglich (siehe Küchenmeister 1995). Das U.S. State Department geht davon aus, daß derzeit 65 bis 110 Mio. Landminen in 62 Ländern verlegt sind. Die UNO schätzt ihre Zahl sogar auf 100 bis 200 Mio. (vgl. Human Rights Watch 1993: 3). Zwölf Staaten sind "extrem schwerwiegend" vom Landminenproblem betroffen³⁰ - in ihnen kommt eine Landmine auf fünf Menschen (Renner 1994: 20, *siehe auch Tabelle 1*).

³⁰ Afghanistan, Angola, Mosambik, Irak, Kuwait, Iran, Kamboscha, Bosnien/ Kroatien/ Serbien, Sudan, Äthiopien, Eritrea und Somalia. Als "schwerwiegend" gilt die Situation in Birma, Thailand, Vietnam, im Tschad, in El Salvador und Nicaragua, auf den Falkland-Inseln (Malwinas) und in der Westsahara.

Die Beseitigung von Landminen ist teuer: Sie kostet zwischen 300 und 1.000 US-Dollar pro Mine.
Tabelle 1: Estimated Number of Uncleared Mines, by Region and Selected Countries

Countries Affected (by region), and Total Number of Mines	Worst-Affected Countries	Number of Mines (millions of mines)
Africa		
18 countries	Angola	9
18-30 million mines	Mozambique	2
	Somalia	1.0-1.5
	Sudan	0.5-2.0
	Ethiopia/Eritrea	0.3-1.0
Middle East		
At least 8 countries	Iraq	5-10
17-24 million mines	Kuwait	5-7
East Asia		
8 countries	Cambodia	4-7
15-23 million mines		
South Asia		
At least 5 countries	Afghanistan	9-10
15-23 million mines		
Europe		
13 countries	Bosnia, Croatia, Serbia	2.5-3.7
3-7 million mines		
Latin America		
8 countries	Nicaragua	0.1
0.3-1.0 million	El Salvador	0.02

Source: Adapted from Human Rights Watch/Arms Project and Physicians for Human Rights, *Landmines: A Deadly Legacy* (New York, et al.: Human Rights Watch).

Quelle: Renner 1994: 21 (Table 4).

Dollar pro Mine³¹. Nach Schätzungen des US-Außenministeriums sind zur Räumung sämtlicher weltweit verlegten Minen etwa 150 Mrd. US-\$ erforderlich (vgl. UNICEF 1994)³².

³¹ Zum Vergleich: Eine Mine läßt sich bereits für durchschnittlich 10 bis 30 US-Dollar erwerben (Human Rights Watch 1993: 7).

³² Die verschiedenen UN-Agenturen gaben 1993 aber zusammen ganze 67 Mio. US-\$ für die Beseitigung von Landminen aus - dies ist nicht einmal ein Zehntel der Kosten, die Kuwait für sein nach Ende des Zweiten Golfkrieges aufgelegtes Entminungsprogramm veranschlagte. Der Aufruf der Vereinten Nationen, ein mit der geringen Summe von 60 Mio. US-Dollar versehenes Programm

Die Reintegration von Flüchtlingen und Kombattanten in den Produktionsprozeß

Die Rückführung von Flüchtlingen und Kombattanten ist Voraussetzung dafür, daß möglichst viele Menschen in den Produktionsprozeß integriert werden. Auf diese Weise werden Masseneinkommen (und damit entsprechende Nachfragekraft) geschaffen sowie Kompetenz und *know how* als Grundlage wirtschaftlicher Ent-

einzurichten, hat nur etwa 20 Mio. US-Dollar erbracht (Lock 1996).

wicklung mobilisiert (Humankapitaltheorie).

Die hohe Bedeutung der *Flüchtlingsproblematik* kommt in dem dramatischen Anwachsen der Ausgaben des Hohen Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) zum Ausdruck: Sie stiegen von 12 Mio. US-\$ in den frühen siebziger Jahren auf 1,1 Mrd. US-\$ in 1993 an - also nominal fast um das hundertfache. Allein für die Repatriierung wurden seitens des UNHCR 1994 schätzungsweise 382 Mio. US-\$ aufgewendet (Renner 1994: 23).

Die Rückführung von Flüchtlingen kann nur gelingen, wenn diese die Situation in der Heimat als sicher ansehen. Solange in den Regionen noch Krieg herrscht oder aber keine Möglichkeit zu ökonomischer Selbstversorgung besteht, wird hingegen oftmals die Fürsorgesituation in Flüchtlingslagern vorgezogen - ein Problem, vor dem insbesondere die Arbeit des UNHCR steht³³. Ein weiteres, politisches Hindernis tritt hinzu: Flüchtlingslager sind oftmals die Rekrutierungs- und logistische Basis von Guerillatruppen - so etwa die Lager in Thailand für die Khmer Rouge, in Pakistan für die afghanischen Mudschahedin bzw. die Taliban-Milizen oder auch in Zaire für die Hutu-Milizen der früheren ruandischen Führung. Die Frage der Repatriierung darf man deshalb nicht auf die operative Dimension verkürzen, sondern muß die politischen Implikationen für die Kriegsparteien stets im Blick behalten.

Auch die *Demobilisierung von Kombattanten* ist eine vieldimensionale Herausforderung³⁴. Aus fiskalischer Sicht ist die

Demobilisierung äußerst wünschenswert, da sie den Staatshaushalt mittelfristig entlastet. Insbesondere in den ärmeren Ländern machen die Personalkosten oftmals über die Hälfte der Militäraufwendungen aus (Ball 1988: 107, nach Klingebiel et al. 1995: 5). Entscheidend ist aber ebenfalls, junge, arbeitsfähige Menschen in den Prozeß der ökonomischen Transformation einzubinden. Aus diesem Grund ist es - entgegen der vorherrschenden Praxis - sinnvoll, einem Teil der qualifizierten Armeeingehörigen (Techniker, Werkzeugmacher, Mechaniker etc.), und nicht nur Soldaten mit *handicaps*, Anreize zum Wechsel in den zivilen Sektor zu geben. Die Motive und Ziele von Demobilisierungs- und Reintegrationsprogrammen gehen jedoch über den sozio-ökonomischen Aspekt hinaus (*siehe Tabelle 2*). Mindestens ebenso bedeutsam ist die sicherheitspolitische Erwägung, die Herausbildung von vagabundierenden Banden und von Söldnerheeren und damit das erneute Aufblühen von Konflikten zu verhindern sowie politische Stabilität zu schaffen.

Demobilisierungen fanden zwischen 1984 und 1994 in nennenswertem Ausmaß statt - teilweise politisch gesteuert, oftmals auch in einem eher ungeplanten Prozeß. Weltweit ging die Anzahl der Soldaten innerhalb von zehn Jahren von 27,494 Mio. auf 22,894 Mio., d.h. um 4,6 Mio. zurück. In den Ländern des Südens stechen folgende Veränderungen hervor³⁵:

- In der VR China verminderte sich die Stärke der Armee von 4,0 auf 3,2 Mio. Soldaten, d.h. um 20 %.

³³ Eine Analyse der Aufgaben des UNHCR sowie ausgewählter Beispiele der Repatriierung und Reintegration findet sich bei Richter 1995.

³⁴ Siehe hierzu BICC 1996: 143-171, GTZ 1992, Kingma 1995, Kingma/Sayers 1995,

Klingebiel et al. 1995, Kreidler 1995a, 1995b, Mehreteab 1996, Stiebens 1996.

³⁵ Vgl. Hummel/Wulf 1995: 413-414, auf der Grundlage von IISS 1984, 1994; siehe auch Laurance/Wulf 1995: 16-17, World Bank 1993.

- In Vietnam wurden die Streitkräfte mehr als halbiert, nämlich von 1,227 auf 0,572 Mio. Soldaten.

Tabelle 2: Motivations and Objectives of Demobilization/Reintegration Programs

MOTIVATION	OBJECTIVES	INDICATORS OF SUCCESS
Security	<ul style="list-style-type: none"> - Reduce number of arms circulating and prevalence of mines - Make transition from war to peace - Defuse immediate tensions and disperse former combatants - Restructure, professionalize armed forces to be more efficient for a given security situation - Reduce threat of former combatants returning to arms, involved in political or criminal violence (short/medium-term) 	<ul style="list-style-type: none"> - Peace process sustained - Reduction in number of guns circulating - Removal of mines from agricultural land, transportation routes - Ex-combatants dispersed - No resumption of fighting or criminality - Resumption of normal economic activity; increase in GNP - Desired regional, ethnic, political, officer-enlisted balance in armed forces - Army discipline, training, professionalism, civilian control - smaller, more efficient armed forces
Political	<ul style="list-style-type: none"> - Consolidate position of civil war victors - Reduce potential anti-government armed opposition - Increase government control over armed forces - Consolidate position of new government - Increase national unity, reduce factionalism 	<ul style="list-style-type: none"> - Political stability - Multiparty politics, including free, fair elections, results honored by all parties - Desired regional, ethnic, political, officer-enlisted balance in armed forces
Economic	<ul style="list-style-type: none"> - Resume normal economic activity, unconstrained by security concerns - Reduce threat of former combatants returning to arms, involved in political or criminal violence - Increase social, economic stability - Ensure combatants return to <i>productive</i> (non-military) activity and minimize resultant unemployment - Improve combatants' skills applicable to civilian life 	<ul style="list-style-type: none"> - Reduction in military expenditures - Resumption of normal economic activity - Sustainability of new activities/occupations - GNP per capita and GNP growth rate compared to before programs implemented - Change in overall unemployment and % ex-combatants unemployed - % former combatants employed in military and public sector - Results of education, training programs compared to combatants' preferences
Fiscal	<ul style="list-style-type: none"> - Maximize financial peace dividend or maximize cost savings: transfer resources from military to other economic sectors - Avoid inflating public sector and military to employ ex-combatants 	<ul style="list-style-type: none"> - Sustained reductions in military expenditures, public sector employment - Shift allocation of public expenditures from military to productive sectors - Level of reabsorption of former combatants into military
Overall	<ul style="list-style-type: none"> - Programs cost-effective relative to gains in economy, security, government finances, political objectives 	<ul style="list-style-type: none"> - Sustained reductions in military expenditures, public sector - Political objectives accomplished - Cost/benefit analysis of cost of demobilization/reintegration programs vs. public finance savings, economic, political, and security gains

Quelle: World Bank 1993: 17 (Table II.1).

- In Argentinien, Chile, Uruguay und Peru nahm die Truppenstärke zusammengekommen von 414.000 auf 303.000 ab, d.h. um 27 %.
- In Zentralamerika (El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua) wurde ein Drittel der Soldaten demobilisiert, der Truppenumfang verkleinerte sich von 161.000 auf 107.000.
- In Äthiopien wurde die Armee gar um fast zwei Drittel reduziert, nämlich von 306.000 Soldaten auf 120.000 Soldaten.
- In Nigeria und Ghana schließlich war ein Rückgang von 146.000 auf 83.000 Soldaten zu verzeichnen, mithin um 43 %.

In den letzten Jahren fanden Konzeption und Erfolgsbedingungen von Demobilisierungs- und Reintegrationsprogrammen verstärkte Aufmerksamkeit. Eine erste Auswertung seitens der Weltbank hat einen typischen Ablauf politisch gesteuerter Demobilisierung und Integration identifiziert, der von der Kriegsbeendigung bis zur erfolgreichen bzw. gescheiterten Wiedereingliederung in das zivile Berufsleben reicht (World Bank 1993: 6, Fig. I.1). Ein entscheidender Punkt bei der Konzeption der jeweiligen Programme ist, daß die Maßnahmenbündel auf die Erwartungen und individuellen Entscheidungsalternativen der Soldaten zugeschnitten werden.

Corinna Kreidler (1995a: 83-84, 86-87, 101-104) hat in diesem Zusammenhang herausgearbeitet, daß die Ex-Kombattanten und Ex-Kombattantinnen³⁶ höchst unterschiedliche Vorstellungen über den Friedensprozeß haben, je nachdem ob sie für die Regierungsarmee kämpften (Soldaten),

einer politisch motivierten Befreiungsbewegung angehörten (Guerillakämpfer) oder als Rebellen einen Machtkampf gegen die Regierung führten, den sie als Mittel zum Lebensunterhalt begriffen. Befreiungskämpfer haben demnach besonders hohe Erwartungen an den Frieden, da sie ihre Kriegszeit als Kampf für ein besseres Leben begriffen. Entsprechend groß ist ihr Frustrationspotential. Rebellen hingegen geht es am ehesten darum, materielle Begünstigungen beizubehalten. Sie kalkulieren vergleichsweise "rational", welche Vor- und Nachteile ein Friedensschluß bzw. eine Fortdauer des Krieges haben. Regierungssoldaten schließlich stehen zwar vor einem möglichen Verlust von Status und Lebensunterhalt, die Gefahr einer ideologisch-moralischen Enttäuschung ist allerdings zumeist recht gering. Aus pragmatischen Gründen wird man infolge dieser Überlegungen insbesondere bei Guerillakämpfern und Rebellen darauf achten müssen, über einen "negativen Frieden" hinausgehende ideelle und materielle Anreize zu bieten sowie bei der Reintegration bewußt auf den (hohen) Erwartungshorizont bzw. das utilitaristische Handlungskalkül einzugehen.

Dies ist natürlich nicht unproblematisch: Denn werden die früheren Kombattanten zu stark privilegiert, entsteht in der Zivilbevölkerung Unzufriedenheit über diese nachträgliche Prämierung des Kriegshandwerks. Die Reaktion der Bevölkerung fällt dabei auffälligerweise nicht einheitlich aus: So haben Befreiungskämpfer zumeist einen recht starken Rückhalt, bei Regierungssoldaten und insbesondere bei terroristisch agierenden Rebellen wird hingegen vergleichsweise wenig Verständnis für eine Vorzugsbehandlung aufgebracht (Kreidler 1995a: 104-105, siehe auch Kingma/Sayers 1995: 21). Will man Ressentiments nicht

³⁶ Im folgenden wird die (männliche) Form "Kombattanten" (Soldaten, Rebellen, Guerillakämpfer) als Oberbezeichnung für beide Geschlechter verwendet.

übermäßig schüren, müssen Unterstützungsmaßnahmen unter Umständen auf einen Teil der zivilen Bevölkerung ausgeweitet werden. Es dürfte mithin eines der Kunststücke der Wiedereingliederung sein, die richtige Balance zwischen zwei Zielen zu finden: der Gewaltvermeidung durch eine (gemäßigte) Privilegierung der Ex-Kombattanten einerseits und einer schiedlichen Regelung neuer Verteilungskonflikte zwischen Ex-Kämpfern und Zivilbevölkerung andererseits.

Die Lebensoptionen der früheren Kombattanten sind vielfältig: Sie können in die Landwirtschaft oder eine urbane Beschäftigung zurückkehren, an einer schulischen oder beruflichen Ausbildung teilnehmen, aber auch in Arbeitslosigkeit geraten. Die Integration in das Berufsleben wird dabei natürlich um so schwerer, je höher die allgemeine Arbeitslosigkeit ist. Zudem ist insbesondere in Subsahara-Afrika die weite Verbreitung von Aids unter Soldaten ein enormes Reintegrationshindernis. Nicht zu vernachlässigen ist die Attraktivität der nicht-zivilen Optionen, die von der Weiterbeschäftigung in der offiziellen Armee bis hin zum Söldner- und Banditentum reichen (z.B. Tegegn 1992: 39). Um letztere Alternative zumindest zu erschweren, sind konsequente Bemühungen zur Kontrolle von Kleinwaffen erforderlich, die in den meisten Bürgerkriegsgebieten im Überfluß vorhanden und zu Spottpreisen zu erstehen sind. Diese überschüssigen Waffen (*surplus weapons*), die die Konfliktparteien oftmals kurz vor einem Friedensschluß verstecken, müssen stärker als bislang in die Demobilisierungsregelungen einbezogen werden und u.a. durch sog. *buy back*-Programme mit internationaler Unterstützung aufgekauft und vernichtet werden (vgl. jüngst Laurance 1996: 12-26).

Ein typisches Unterstützungspaket für Ex-Kombattanten enthält ein gewisses finanzielles Startkapital sowie den Anspruch auf Ausbildungsprogramme und diverse Übergangsleistungen (Baumaterialien, Transport in die Heimat, Zugang zu sozialen Diensten)³⁷. Die Kosten derartiger Pakete sind im Vergleich zu den bisherigen Militärausgaben oftmals bescheiden, stellen aber nichtsdestotrotz nennenswerte fiskalische Belastungen für die einzelnen Länder dar (*siehe Tabelle 3*).

Die Frage der technischen Ausgestaltung von Demobilisierungsprogrammen darf natürlich nicht die politische und gesellschaftliche Dimension der Reintegration in den Hintergrund rücken, die für den Erfolg in aller Regel ausschlaggebend sind. Die Beispiele Angola, Liberia und Kambodscha, aber z.T. auch Nicaragua und Mosambik zeigen, daß beim Fehlen einer tragfähigen politischen Regelung - also bei einem brüchigen Frieden - Demobilisierungsbemühungen schnell fehlschlagen können.

In gesellschaftspolitischer Hinsicht hat in jüngerer Zeit insbesondere die Rolle der (Ehe)Frauen und Witwen von Kombattanten sowie die Demobilisierung von Ex-Kombattantinnen Beachtung gefunden. In einer vergleichenden Untersuchung afrikanischer Bürgerkriegsländer hat Elke Zimprich (1996) herausgefunden, daß die Witwen von Kombattanten rechtlich oftmals nur unzureichend abgesichert sind. Dies ist besonders relevant, wenn ihnen Ansprüche auf Landbesitz nicht zuerkannt werden. Auf erhebliche Schwierigkeiten

³⁷ Im Falle Ugandas umfaßte die Starthilfe im Schnitt 490 US-\$ in Geld- und 228 US-\$ in Sachleistungen; vgl. Colletta/Ball 1993: 37, siehe auch Schubert 1995: 234-235. Siehe zu anderen Beispielen finanzieller Kompensationen auch World Bank 1993: 59-68, insbesondere Table V.2 (S. 62) und Table V.3 (S. 65).

stoßen zudem Frauen, die in den Befreiungsbewegungen (so in Zimbabwe, Uganda und Eritrea) als Kämpferinnen beteiligt waren. Der in Kriegszeiten erreichte Statusgewinn und die Loslösung aus traditionellen Rollenzuweisungen ist in Friedenszeiten wieder gefährdet, da Frauen häufig in die Rolle der Haushaltsversorgung und Kinderbetreuung zurückgedrängt werden. Außerdem werden ihnen auch deshalb Hindernisse in den Weg gelegt, weil die Rolle von Frauen als Kombattan-

tinnen zwar vorübergehend im Krieg anerkannt, letztlich kulturell aber nicht akzeptiert ist. Obwohl eine Reihe von Entwicklungsprojekten mittlerweile die Selbstorganisationsfähigkeit von Ex-Kombattantinnen zu fördern versucht, ist "die Gefahr eines *Roll Backs*" auf gesellschaftlicher Ebene nicht zu unterschätzen (Zimprich 1996: w-x, siehe auch am Beispiel Eritreas: Klingebiel et al. 1995: 60-64).

Tabelle 3: Costs of Demobilization Programs, Selected Countries¹

	Cost (\$ millions)	Duration	Number Demobilized
Angola ²	125.0	1992-93	19,833
Chad	18.9	1992-93	9,173
Mozambique	54.4-62.6	1993-94	77,000-83,000
Namibia	46.4	1989	32,000
Nicaragua ³	84.4	1990-92	96,000
Uganda	19.4	1992-94	30,000 proj.
Zimbabwe ⁴	230.0	1981-85	75,000

¹It is difficult to directly compare costs in different countries because the data for some include items not reflected for others. ²Demobilization was aborted; some 19,833 combatants had been demobilized before full-scale fighting resumed. ³\$43.6 million for Contra demobilization; \$40.8 million for Sandinista Army demobilization. It is unclear how much was actually spent on Sandinista demobilization; assistance and benefits were promised, but the government received only \$5.8 million in aid from Spain and, due to limited domestic funds, was unable to follow through on its promise. ⁴ Includes cost of combatants' salaries while they were encamped for one year or more (\$42 million); such costs are not included in other cases here.

Sources: Adapted from World Bank, *Demobilization and Reintegration of Military Personnel in Africa: The Evidence from Seven Country Case Studies*, Discussion Paper, Africa Regional Series, Report No. IDP-130 (Washington, D.C.; October 1993); Humberto Ortega Saavedra, "The Role of International Financial Institutions in the Democratization and Demilitarization Process," in Francisco José Aguilar Urbina, ed., *Demobilization, Demilitarization, and Democratization in Central America* (San José, Costa Rica: Arias Foundation for Peace and Human Progress, Centre for Peace and Reconciliation, 1994).

Quelle: Renner 1994: 19 (Table 3).

3.2 Transformation und Neuaufbau

Neben der Wiederherstellung der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur sowie der Aufgabe der Reintegration geht es nach Kriegsende auch um eine qualitative Transformation und einen Neuaufbau von

Wirtschaft und Gesellschaft³⁸. Dazu gehören insbesondere zwei Aspekte: der Übergang von zentralen Kommandostrukturen

³⁸ Vgl. am Beispiel der asiatisch-pazifischen Region z.B. ESCAP Sekretariat 1992.

zu marktorientierten Ökonomien, der eng mit einer Stabilisierung der makroökonomischen Bedingungen verbunden sein muß; außerdem die Rückbildung bereicherungs- und überlebensorientierter Anpassungsstrategien.

Die Transition zu Marktstrukturen und die Förderung der ländlichen Entwicklung

Kommandostrukturen sind oftmals aufgrund ideologischer Einstellungen entstanden. In Kriegswirtschaften bieten sie zudem - insbesondere für die Regierung - ein funktionales Mittel, um sich Zugang zum Mehrwert der landwirtschaftlichen Produktion zu verschaffen und Handelsgewinne abzuschöpfen (Clapham 1990: 415). Indochina wie auch Äthiopien sind herausragende Beispiele für eine wechselseitige Verstärkung kriegs- und ideologiebedingter Zentralisierungsbemühungen.

Kommandostrukturen führen zur Fehlallokation von Ressourcen, zu Preisverzerrungen und zu ineffizienten Anreizsystemen. Der *Übergang zu Marktstrukturen* ist deshalb ein wichtiges Element des ökonomischen Neuaufbaus. Er sollte aber nicht mit einer Übernahme oder Kopie des westlichen Industriekapitalismus gleichgesetzt werden. Derartige Versuche führen nämlich - zumindest in den armen, durch strukturelle Heterogenität gekennzeichneten Entwicklungsländern - nicht zu tragfähigem Wachstum und einem sozial gerecht verteilten Volkseinkommen, sondern eher zur Entstehung eines parasitären, staatsabhängigen Unternehmertums. Stattdessen geht u.a. es darum, lokale Produzenten und Händler in die Lage zu versetzen, eigenständig über ihr Angebot und ihr Marktverhalten zu entscheiden.

Bei der Frage, welche Prioritäten beim ökonomischen Neuaufbau zu setzen sind, ist das von Anthony Lake (1990) koordinierte Projekt aufschlußreich, in dem fünf Kriegsländer bzw. -regionen (nämlich Afghanistan, Indochina, Zentralamerika, Südliches Afrika und Horn von Afrika) unter einheitlichen Fragestellungen untersucht wurden. Die verschiedenen Studien kommen übereinstimmend zu dem Schluß, daß der ländlichen Entwicklung eine hohe Priorität eingeräumt werden müsse, um den Übergang zu einer Friedensökonomie erfolgreich zu bewerkstelligen. Dabei ist es zunächst wichtig, Werkzeuge, Saatgut und Dünger zur Verfügung zu stellen, den Viehbestand zu vergrößern und zu impfen sowie Bewässerungssysteme zu reparieren - also Rehabilitationshilfe zu leisten.

Mittelfristig sollten diese Maßnahmen freilich in ein umfassenderes *Konzept ländlicher Entwicklung und Industrialisierung* eingebunden werden³⁹. Zwei Elemente sind wesentlich: Zum einen ist eine breit angelegte Leistungssteigerung in der Landwirtschaft sowie die Weiterverarbeitung agrarischer Rohstoffe im kleinindustriellen Sektor vonnöten, um zu einer Steigerung der Produktion im Bereich der Nahrungsmittel und elementaren Konsumgüter beizutragen. Eine derartige Politik kann sich einer Reihe von Instrumenten bedienen, wobei dem Aufbau ländlicher Kreditsysteme eine hohe Bedeutung zukommt. Daneben ist die grundsätzliche Frage der Land- und Agrarreform, die oftmals bereits Konfliktgegen-

³⁹ Immer noch instruktiv ist die Studie von Michel/Ochel 1977. Jüngst erschienen ist die sehr lesenswerte und theoretisch geleitete Untersuchung von Rauch (1996, insbesondere S. 157-271) zur ländlichen Regionalentwicklung. Siehe weiterhin Elsenhans 1987: 116-117, Elsenhans 1986, FAO 1993; schließlich bezogen auf Bürgerkriegsökonomien Green 1994: 46.

stand in Bürgerkriegen war, gleichermaßen vordringlich wie machtpolitisch brisant (vgl. Wissing 1995: 47 sowie am Beispiel Namibias Krüger 1992: 239). Einmal geht es dabei um die Schaffung einer gerechten und zugleich wirtschaftlich effektiven Landverteilung, zum anderen ist aber auch über die oftmals unklaren Besitzverhältnisse in ehemaligen Kampfgebieten zu entscheiden. Das zweite Element einer Strategie ländlicher Entwicklung und Industrialisierung besteht darin, den Aufbau eines Produktionsapparats für einfache Gebrauchsgüter des täglichen Bedarfs zu fördern und den Luxuskonsum zu beschneiden. Hartmut Elsenhans (1987: 116-120) hat das dahinter liegende Kalkül konzise beschrieben: "Neben einem Vorprodukte für die Landwirtschaft produzierenden Sektor müssen auch Produktionskapazitäten für Massenkonsumgüter errichtet werden, da die Bauern nicht bereit sein werden, gegen bloße Geldscheine mehr Arbeit zu leisten." (Elsenhans 1987: 116-117)

Zur Rolle der Strukturanpassung

Die Steigerung der Agrarproduktion wie auch der Aufbau eines kleinindustriellen Sektors wird freilich nur gelingen, wenn die sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen günstig sind. Die Erfordernisse lassen sich in sechs Stichworten umreißen:

- a) Konsolidierung des Staatshaushalts;
- b) Abbau subventionsbedingter Preisverzerrungen;
- c) marktgerechte Anpassung von Wechselkursen und Umgestaltung des Außenhandels;
- d) regionale und sektorale Strukturmaßnahmen;
- e) wachstums- und produktivitätsorientierte Steuer- und Investitionspolitik;

- f) Aufbau elementarer sozialer Sicherungssysteme.

Diese Liste deckt sich in Teilen durchaus mit den Zielsetzungen, die Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) in ihren *Strukturanpassungs- und Stabilisierungsprogrammen* vorgeben⁴⁰. Zahlreiche Entwicklungsländer waren diesen Programmen seit Beginn der 80er Jahre unterworfen - auch Krisen- und Kriegsländer, auf die die Bretton-Woods-Agenturen durch ihre Rolle als Kreditgeber und Schuldenmanager einen erheblichen Einfluß haben. 1993 litten 20 der 32 kriegsgeschüttelten Länder unter größeren Schuldenbelastungen, 19 hatten Anpassungskredite der Weltbank erhalten (Smith 1994: 12-13 Tables 3, 6)⁴¹.

Ist die Strukturanpassungspolitik von Weltbank und IWF auf die spezifischen Bedürfnisse armer und insbesondere kriegszerrütteter Gesellschaften ausgerichtet? Die

⁴⁰ Die Weltbank verfolgt die Strukturanpassungspolitik seit 1980. Zuvor hatte sie sich stärker auf die Förderung einzelner Projekte oder spezifischer Programme (z.B. die infrastrukturelle Erschließung bestimmter Regionen) konzentriert. Dies macht sie immer noch - die Strukturanpassung ist aber sicherlich das neue Paradigma der Weltbank-Entwicklungspolitik. Der Anteil von Strukturanpassungskrediten an den gesamten Kreditzusagen der Weltbank stieg innerhalb von zehn Jahren auf 30 Prozent. 1980 bis 1994 wurden 74 Ländern Strukturanpassungskredite mit einem Volumen von insgesamt 50,3 Mrd. US-\$ bereitgestellt (vgl. Siebold 1995: 4).

⁴¹ Sämtliche Anpassungskredite enthalten ökonomische Konditionalitäten. Strukturanpassungskredite im engeren Sinne erhielten acht Länder im Krieg (vgl. Smith 1994: Table 3). Eine aktuelle Übersicht über IWF- und Weltbank-Kredite im Zusammenhang mit Strukturanpassung für 1980-1994 findet sich bei Siebold 1995: 66-79.

Frage läßt sich beantworten, wenn wir die sechs Zielsetzungen näher betrachten⁴²:

a) Die unbedingt notwendigen *Einschnitte bei den Staatsausgaben*, insbesondere bei dem oftmals aufgeblähten Beamtenapparat, sind von Weltbank und IWF mitunter mit dem irreführenden Motto "get the government out of the economy" gleichgesetzt worden: Hierbei wurden häufig auch elementare Planungs-, Steuerungs- und Versorgungsfunktionen staatlicher Institutionen unterhöhlt, die nicht nur für eine gelungene Entwicklungspolitik, sondern auch als Legitimationsbasis staatlicher Verfaßtheit unabdingbar sind. Die Privatisierung des öffentlichen Sektors wurde zudem oftmals geradezu apologetisch gefordert. Daß dieser Schritt aber oftmals nur die Form der Selbstbereicherung durch Eliten verändert und nicht automatisch zu mehr Wettbewerb führt, wurde vernachlässigt.

b) Die von den Bretton-Woods-Institutionen geforderte Schaffung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen durch die *Freigabe von Preisbindungen und den Abbau von Subventionen* ist ein schmerzhafter, aber unabdingbarer Schritt. Denn die einheimischen Betriebe, insbesondere im bäuerlichen Sektor, erhalten Produktionsanreize nur, wenn sie mit dem Verkauf ihrer Erzeugnisse auch einen Gewinn erzielen können. Allerdings ist eine Politik des "get the prices right" weder für deformierte Entwicklungsländerökonomien im allgemeinen noch für kriegszerrüttete Ökonomien im besonderen ein wirksames Allheilmittel. Denn es gibt erhebliche Trägheiten beim Übergang zu profitorientiertem Wirtschaften. Insbesondere der Zusammen-

bruch von Lieferbeziehungen führt dazu, daß in der Übergangsphase vom Krieg zum Frieden in vielen Fällen unelastisch auf Preisveränderungen reagiert wird. Von daher sollten Preisfreigaben sorgfältig sequenziert werden: Die Kosten, die aus der Veränderung bestehender Strukturen resultieren, müssen möglichst gering, der Nutzen, den marktwirtschaftliche Produktionsanreize bieten, möglichst hoch ausfallen.

Die wichtigste Kritik an den Programmen von IWF und Weltbank bezieht sich in diesem Punkt aber nicht auf das "Was", sondern auf das "Wie" ihrer Politik. So wurden politisch sensible Maßnahmen zumeist als Oktroi von außen empfunden, was entsprechende Gegenreaktionen in der Bevölkerung auslöste. Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang eine Studie von Charles Harvey (1991): Er verglich sieben Länder in Subsahara-Afrika, deren Ökonomien längere Zeit unter katastrophalen makro-ökonomischen Bedingungen gelitten und die als Teil von Vereinbarungen mit IWF und Weltbank einen größeren Politikwechsel im Sinne des "neo-liberalen Pakets" versucht hatten⁴³ (Harvey 1991: 142-144). Der Erfolg der Programme war dabei maßgeblich von der Reformbereitschaft, dem *commitment* der Regierung abhängig. Die Schlußfolgerung liegt auf der Hand: Die Implementation sensibler Programme sollte erst dann versucht werden, wenn diese innenpolitisch tragfähig sind.

c) Grundlage aller außenwirtschaftlichen Maßnahmen ist eine *Korrektur der* oftmals gravierenden *Währungsüberbewertungen*.

⁴² Vgl. zum folgenden Siebold 1995: 1-25, 52-56; siehe auch Smith 1994: 12, Irvin 1993: 3, 5-7; außerdem grundlegend Jolly/Cornia 1984, Cornia et al. 1987, 1988.

⁴³ Zwei der Länder (Ghana und Nigeria) waren ansatzweise erfolgreich; die anderen fünf Ländern hingegen (Sierra Leone, Somalia, Tansania, Uganda und Sambia) brachen ihre Reformbemühungen ab (Harvey 1991: 121).

Letztere untergraben nicht nur die eigene Exportfähigkeit, sondern begünstigen auch den Import von Kapitalgütern und somit einen Bias zugunsten moderner, kapitalintensiver Technologien, der den tatsächlichen aktuellen Knappheitsverhältnissen widerspricht (vgl. Helmschrott 1987). Künstlich verbilligte Importe können außerdem den Aufbau einheimischer Produktionskapazitäten behindern. Die Crux der herkömmlichen Strukturanpassungsprogramme besteht nun darin, daß sie über die Anpassung der Wechselkurse hinaus eine sehr weitgehende Liberalisierung des Außenhandels und eine exportorientierte Entwicklungspolitik favorisieren. Gerade die ärmeren Bürgerkriegsländer können aber mit einer exportgeleiteten Strategie nur selten zu stabilem Wachstum kommen, da sie noch über keine diversifizierte Produktionsstruktur verfügen. Kurzfristig mag ein forcierter Export einträglicher Rohstoffe zwar sinnvoll sein, um einen raschen Zufluß von Devisen zu erzielen. Wichtiger ist aber die Steigerung und Verstetigung der Exporterlöse durch die Weiterverarbeitung heimischer Rohstoffe. Der Aufbau einer einheimischen Industrie kann zudem nicht auf steuernde Elemente der Zollpolitik verzichten. Andernfalls werden inländische Unternehmen vom Weltmarkt überrollt, bevor sie den Kinderschuhen entwachsen sind.

d) Eine bewußte *Strukturpolitik* wurde seitens der Bretton-Woods-Institutionen vorrangig im Exportsektor verfolgt. Eine am oben skizzierten Modell der ländlichen und industriellen Entwicklung orientierte Politik wird in ärmeren Ländern die Priorität anders setzen und insbesondere Produktion und Beschäftigung im kleinbäuerlichen und landwirtschaftsnahen Sektor fördern. Nicht zuletzt bietet auch der informelle Sektor, die sog. Schatten-

wirtschaft, in seinen vielfältigen Facetten gute Ansatzpunkte für die Herausbildung eines funktionierenden Handwerks-, Manufaktur- und Dienstleistungsbereichs.

e) Unter einer *wachstums- und produktivitätsorientierten Steuer- und Investitionspolitik* wurde in den bisherigen Strukturanpassungsprogrammen i.w. eine angebotsorientierte Förderung des Privatsektors verstanden. Die inländische Nachfrage wurde hingegen nur unzureichend stimuliert, oftmals sogar durch eine überzogene Austeritätspolitik im öffentlichen Sektor regelrecht stranguliert. Was angesichts der oftmals dramatischen fiskalischen Krise in Kriegs- und Krisenländern nottut, ist der gezielte Aufbau eines tragfähigen Steuersystems, um die in Übergangszeiten gefährlich schrumpfende Finanzbasis des Staates zu garantieren.

f) Weltbank und IWF haben schließlich lange Zeit die *soziale Dimension von Strukturanpassung* verkannt. Sozial gefährdete Gruppen, insbesondere die ländliche Bevölkerung und die städtischen Armen, sind durch Einschnitte im öffentlichen Sektor, insbesondere bei Gesundheitsfürsorge, Grundschulbildung und Wohnungsbau, noch verwundbarer geworden. In Afrika hat sich infolge von Anpassungsmaßnahmen mitunter eine äußerst problematische Spaltung des sozio-ökonomischen Systems ergeben: Während die Strukturprogramme von IWF und Weltbank zu einer Reduzierung des öffentlichen Sozialsektors führten, versuchten internationale NGOs dieses Defizit durch den Aufbau eines eigenen Sicherheitsnetzes zu kompensieren, was zu einer Art "Internationalisierung öffentlicher Wohlfahrt" geführt hat (Duffield 1994: 57-59, vgl. auch für das Horn von Afrika Brown et al. 1992).

Auf massive Kritik hin hat die Weltbank 1988 eine Initiative unter dem Titel *Social Dimensions of Adjustment* (SDA) sowie die Implementierung sog. Sozialer Aktionsprogramme und Sozialfonds begonnen (vgl. Siebold 1995: 26 ff.). Freilich muß man die daraus resultierende Abfederung der kurzfristigen sozialen Kosten eher als Gesichtskosmetik denn als Übergang zu der von UNICEF geforderten "Anpassung mit menschlichem Gesicht" (Cornia et al. 1987, 1988) einschätzen.

Die vorangehenden Überlegungen legen die Schlußfolgerung nahe, den kurzfristigen und neoliberal verengten Ansatz der herkömmlichen Strukturanpassungsprogramme zu korrigieren. Wenn Strukturanpassungsmaßnahmen in einer Not-situation auf die Verminderung von Staatsausgaben sowie die Eliminierung von Preiskontrollen abzielen, können sie - obwohl unter Friedensbedingungen durchaus sinnvoll - verheerende Folgen haben. Der Fall Mosambik, wo die Regierung 1987 ein (mittlerweile weitgehend gescheitertes) Strukturanpassungsprogramm akzeptieren mußte, ist ein Beispiel (Steward/Wilson 1994: 39-43): Um eine Umschuldung der Zinszahlungen und internationale Hilfsleistungen, die von der Weltbank gemakelt wurden, zu erreichen, wurden Unterstützungsprogramme für die städtischen Armen sowie für die Flüchtlinge eingeschränkt. Die in Teilen des Landes durchaus funktionierenden staatlichen Institutionen und Programme im Bereich der sozialen Basisdienste wurden also nicht ausgebaut, sondern ausgetrocknet.

Insbesondere "Schocktherapien" zur Strukturanpassung sind problematisch, wenn nicht gar kontraindiziert. Hodges (1993: 163) hat am Beispiel Angolas zurecht darauf verwiesen, "[that they] could risk further economic dislocations,

exacerbate the already chronic poverty in the urban areas and undermine fragile, post-war political order". Stattdessen mahnt Hodges (1993: 163) eine wohlüberlegte Entwicklungspolitik mit langem Atem an: "The design of a sound economic programme which is comprehensive in scope, coherently sequenced and includes safety net measures for the vulnerable will clearly take time".

Eine wohlüberlegte Politik antizipiert zudem mögliche Rückschläge bei der Programmimplementation. Voraussetzung ist, daß die positiven wie negativen Konsequenzen von Reformmaßnahmen von vornherein auf den Tisch gelegt werden. Denn nur so lassen sich rechtzeitig Kompensationsmaßnahmen für potentielle Verlierer in die Wege leiten und die Unterstützung seitens potentieller Gewinner der Umgestaltung mobilisieren. Eine derartige Politik sollte nicht zuletzt eine erhebliche Portion Skepsis gegenüber ökonomisch (schein-)optimalen Lösungen beinhalten: Oftmals sind nämlich *second-best policy packages*, die bereits auf mögliche Implementationshindernisse reagieren und das Gesamtprojekt retten können, die vorzuzugwärtige Alternative (vgl. Harvey 1991: 142-144).

Die Transformation von Unrechts- und Bereicherungsstrukturen

Eine auf ökonomischer Rationalität beruhende Entwicklungsstrategie stößt sich recht bald an den in Kriegszeiten herausgebildeten Bereicherungsstrukturen: Sie sind durch die Übertragung bzw. gewaltsame Aneignung von Besitzwerten, Land- und Eigentumsrechten entstanden; sie beruhen auf der fortdauernden Vermarktung von Drogen, Waffen und wertvollen Rohstoffen wie Edelhölzern, Elfenbein und

Diamanten; sie sind schließlich eng verbunden mit dem Zugang zu politischen Ämtern und politischer Macht. Derartige Bereichsstrukturen sind in aller Regel bereits in Friedenszeiten angelegt und können bis zu einem gewissen Grad als Element des politischen Herrschaftssystems betrachtet werden. Für Kriege typisch ist ihre exzessartige Ausweitung, die zu einem völligen Verlust von Sicherheiten in den sozialen Beziehungen führen kann.

Gegenstrategien müssen i.w. politisch-gesellschaftlicher Natur sein und können vorrangig an drei Punkten ansetzen: Erstens muß der Wiederaufbau der Ökonomie durch die Förderung von Gesetzgebung, die Schaffung rechtsstaatlicher Verhältnisse sowie die Wiederherstellung eines funktionierenden Polizei- und Gerichtswesen flankiert werden. Gerade die *Errichtung eines Gewaltmonopols mit rechtsstaatlicher Kontrolle* (zu der in vielen Ländern insbesondere auch eine zivile Kontrolle des Militärs gehört) ist unbedingte Voraussetzung, um das strukturelle Mißtrauen und die chronifizierte Unsicherheit in Bürgerkriegsgesellschaften abzubauen (Green 1994: 47-48). Denn die soziale Desintegration, der Wegfall psychologischer Barrieren und sozio-kultureller Tabus im Bereich der Gewaltanwendung wie auch die hohe Zahl im Umlauf befindlicher Schußwaffen führt in Nachkriegszeiten regelmäßig zu einem enormen Anstieg der "Alltagskriminalität" (vgl. am Beispiel Nigerias Harneit-Sievers 1992: 134-136). Daneben ist die sozial-psychologische Heilung der sozialen Wunden des Krieges wichtig. Aufgabe ist es vor diesem Hintergrund, unter Bezug auf die landesspezifischen Symbole und Rituale Unrecht zu sühnen, aber auch Zeichen von Versöhnung zu setzen, kurzum: "to establish the

network of trust which makes civil society possible" (UNRISD 1993: 17).

Zweitens wird der Wieder- und Neuaufbau der ökonomischen Strukturen nur gelingen, wenn auch die politisch-administrativen Kompetenzen im Sinne von "good" bzw. "accountable governance" erhöht werden. Eine Dezentralisation und Föderalisierung der Entscheidungsbefugnisse sowie eine entsprechende Zuteilung sozialer und ökonomischer Ressourcen (*revenue allocation*), die die lokale Bereitstellung öffentlicher Dienste ermöglicht, kann der oftmals für die Bevölkerungsmehrheit nachteiligen Orientierung an den Hauptstädten entgegenwirken. Sie vermeidet nicht nur das Wiederaufleben staatlichen Zwangs, sondern erhöht auch die Legitimität und Effektivität politischer Maßnahmen (vgl. Harneit-Sievers 1992: 172-215).

Drittens kommt der *Einhegung bzw. Integration der warlords* eine große Bedeutung zu. Deren Rolle ist ambivalent: In vielen Fällen tragen Kriegsfürsten einen Hauptanteil daran, daß staatliche Strukturen gänzlich zerbrechen, daß sich Entwicklungsländerökonomien in Raub- und Plünderungswirtschaften verwandeln, daß Hunger und Not epidemische Ausmaße bekommen (so etwa in Somalia, Liberia, etc.). Andererseits vermögen Kriegsherren mitunter auch stabile Territorialherrschaften zu konsolidieren. Jürgen Osterhammel (1995) meint beispielsweise, die Zeit der *warlords* im China des frühen 20. Jahrhunderts sei "nicht nur eine des Zerfalls, sondern auch eine Etappe auf dem Weg zur Modernisierung des chinesischen Staates" gewesen. Eine Analyse zu Afghanistan billigte 1995 dem usbekischen General Dostam im Norden des Landes, dem Tadschiken Ismail Khan im Westen sowie dem Paschtunen Hadschi Qadir im Osten

zu, Verwaltung und Wiederaufbau des Landes ermöglicht zu haben (Glatzer 1995: 51) Vor diesem Hintergrund wird es oftmals nicht zu umgehen sein, *warlords* Anreize zu geben, sich am zivilen Wiederaufbau zu beteiligen - sei es als Politiker, sei es als "legale Geschäftsleute" (vgl. am Beispiel Somalias Marchal 1995). Je nach politischem Kräfteverhältnis kann es aber auch sinnvoll sein, alternative lokale Ordnungsstrukturen zu stärken, die in der Lage sind, *warlords* zu zähmen (vgl. am Beispiel Somalias Menkhaus/Prendergast 1995)

Insbesondere wenn Drogenökonomien existieren, sind die Probleme einer Transformation von Bereicherungswirtschaften nicht zu unterschätzen. Der Anbau der Rohprodukte ist für Bauern attraktiv, da er hohe und relativ verlässliche Erlöse verspricht. Ein Verhaltenswandel dürfte sich deshalb nur dann erzielen lassen, wenn spürbare finanzielle Anreize für den Anbau kommerziell vermarktbarer Erzeugnisse gegeben werden. Wie diese aussehen könnten, läßt sich beispielhaft anhand von Programmen zur Anbausubstituierung aufzeigen, die seit 1972 im "Goldenen Dreieck" unternommen wurden. In Anlehnung an das Konzept einer "Integrierten Ländlichen Entwicklung" fördern sie nicht nur eine Verbesserung der Grundnahrungsmittelproduktion sowie den Anbau und die Vermarktung von *cash crops*, sondern umfassen auch Maßnahmen im Bereich Infrastruktur sowie im Gesundheits- und Erziehungswesen⁴⁴.

⁴⁴ Eschenbacher (1990: 158-159) faßt die Faktoren zusammen, von denen der Erfolg der Anbausubstitutions-Programme abhing, so "von der wirtschaftlichen Gesamtsituation des Dorfes, vom Vertrauen der Bauern in das neue Anbauprodukt, vom familiären Opiumkonsum, vom Ausmaß drogenpolizeilicher Aktivitäten in dem Gebiet, vom Einkommen und den Vermarktungsmöglichkeiten der neuen cash

Freilich handelt es sich bei der Umwandlung von Drogenökonomien nur bedingt um ein ökonomisch lösbares Problem: Denn mit den illegalen Wirtschafts- und Handelsstrukturen sind Pfründe des Militärs und politischer Eliten verbunden - also politischer Gruppen, die einen Wandel zu boykottieren verstehen. Einmal bestehende Drogenökonomien sind deshalb schwer zu beeinflussen.

4 Regionale Kooperation und der Beitrag der internationalen Gemeinschaft

Die binnenwirtschaftliche Konsolidierung und Transformation bildet das Kernstück der sozio-ökonomischen Friedenskonsolidierung. Die Erfolgchancen werden jedoch deutlich erhöht, wenn die Bemühungen in regionale Kooperationsstrukturen eingebunden werden können. Diese ermöglichen einerseits unmittelbare volkswirtschaftliche Wohlfahrtsgewinne, andererseits können sie eine Art Laboratorium, im besten Fall gar ein Sprungbrett für eine gelungene Weltmarktintegration bilden. Die Chancen der sozio-ökonomischen Friedenskonsolidierung hängen aber auch maßgeblich vom Beitrag der internationalen Gebergemeinschaft ab. Bereits die Ausführungen zur Strukturanpassung zeigten, wie eng ökonomische Transformationserfolge mit den Empfehlungen und Auflagen internationaler Entwicklungsagenturen verbunden sind. Letztere haben nicht zuletzt aufgrund der hohen Verschuldung von Bürgerkriegsgesellschaften hochwirksame

crops und vor allem von den Preisen, die Opium und alternative Anbauprodukte im Vorjahr erzielten" (Eschenbacher 1993: 159, 162).

politische Hebel, die verantwortungsvoller als bislang eingesetzt werden sollten.

4.1 Die Bedeutung regionaler Kooperation

Regionale Zusammenarbeit ist vor allem dann vielversprechend, wenn frühere Kriegsländer sich an eine regionale Wachstumsdynamik anschließen können oder der regionale Handel bislang durch die Zerstörung des Verkehrs- und Transportwesens lahmgelegt war⁴⁵. Insbesondere für Südostasien, wo Kambodscha, aber auch Vietnam die Lehren des *how to do* von den benachbarten ASEAN-Staaten lernen können, bestehen recht gute Kooperationschancen (Than 1992: 278). In Mittel- und Südamerika sind die Aussichten unklarer. Zwar ist zu Beginn der neunziger Jahre mit Brasilien, Argentinien und Chile ein dynamisches Wachstumszentrum entstanden, und die Anbindung Mexikos an die NAFTA hat die südliche Erweiterung des nordamerikanischen Wirtschaftsraums in Gang gesetzt. Doch läßt sich schwer vorher-sagen, inwieweit diese Dynamiken auch auf die kriegsbelasteten Länder der Region, insbesondere Guatemala, El Salvador, Nicaragua und Peru, ausstrahlen⁴⁶. Zudem gilt für Lateinamerika nach wie vor, daß Wachstum in der Regel *unequitable growth* bleibt und selten zu einer Verbesserung der Lage marginalisierter Bevölkerungsschichten führt.

Skeptisch müssen die Aussichten für Regionen eingeschätzt werden, in denen es

keinen Wachstumspol gibt, die über schwach diversifizierte Produktionsstrukturen verfügen und in der Regel eine hohe Import- und Technologieabhängigkeit von den Industrieländern aufweisen. Insbesondere in Afrika ist der intraregionale Handel trotz zahlreicher Anläufe, so etwa der Gründung der *Preferential Trade Area for Eastern and Southern African States* (PFTA) im Jahre 1982, völlig unzureichend ausgebildet. Der Anteil der intraregionalen Exporte Subsahara-Afrikas an den Gesamtexporten der Region liegt heute schätzungsweise bei 6 %⁴⁷, wobei insbesondere der geringe und abnehmende Anteil von Industriegütern bemerkenswert ist.

Vergleichsweise gute Perspektiven könnte jedoch das Südliche Afrika haben, die regionale Zusammenarbeit - etwa im Rahmen der *Southern African Development Community* (SADC) - zu intensivieren. Durch die militärische wie ökonomische Destabilisierungspolitik Südafrikas gegenüber den sogenannten Frontstaaten erlitt die gesamte Region erhebliche Verluste, deren Kompensation einen gewissen Wachstumsschub auslösen könnte. Die *Southern African Development Coordination Conference* (SADCC) - Vorläuferin der SADC - identifizierte in den 80er Jahren etwa fünfhundert Kooperationsprojekte mit einem Gesamtwert von

⁴⁵ Vgl. grundlegend zu neueren Konzeptionen des Regionalismus im Kontext von Globalisierungsprozessen: Mittelman 1996.

⁴⁶ Kolumbien bildet einen Sonderfall, insofern das Land durch seine florierende Drogenökonomie eine ganz eigene Wirtschaftsdynamik aufweist.

⁴⁷ The Economist v. 07.09.96, S. 8 (Survey Sub-Saharan Africa); siehe auch Ayalew 1992: 94. Freilich sind offizielle Angaben zum intraregionalen Handel regelmäßig zu tief angesetzt, da ein großer Teil des Handels "informell" bzw. durch Schmuggel abgewickelt wird. Der Schmuggel kann dabei eine wichtige Devisenquelle sein, die einen nennenswerten Teil der Importe finanziert. Vor diesem Hintergrund kann - wie die Beispiele Sierra Leone, Somalia, Tansania und Uganda zeigen - die Eindämmung von Schmuggel durchaus auch negative Wirkungen auf die Volkswirtschaft haben (vgl. Harvey 1991: 136).

ca. 6,5 Mrd. US-\$, von denen viele das Transportwesen betrafen (Ohlson 1991: 239-240). Mit dem Machtwechsel in Südafrika besteht die vielversprechende Option, daß Südafrika eine Lokomotivfunktion übernimmt (z.B. Chona/Herbst 1990: 160-162). Die Exporte Südafrikas in den übrigen Kontinent lagen 1994 bei 2,6 Mrd. US-Dollar und damit um 26 Prozent höher als im Vorjahr. Obwohl die Einfuhren noch stärker, nämlich um 47 Prozent anstiegen, liegen sie mit 700 Millionen Dollar deutlich unter den Ausfuhren (Kunath 1996: 17).

Dieses Ungleichgewicht weist zugleich auf die Achillesferse eines südafrikanischen Regionalmarktes hin: die Dominanz Südafrikas, die aufgrund des südafrikanischen Ausfuhrüberschusses zwar erst einmal die Güterversorgung in den Nachbarländern erhöhen, den dortigen Industrien aber schnell den Todesstoß versetzen könnte (vgl. am Beispiel Mosambiks Weimer 1994: 346-347). Regionalexperten gehen deshalb davon aus, daß die relativ unerfahrenen nationalen Unternehmernschaften in den armen Nachbarstaaten zunächst einige fiskalpolitisch unterstützte Lernprozesse im Bereich von Investition und Wettbewerbsverhalten durchlaufen müssen, bevor sie sich gegenüber der südafrikanischen Konkurrenz in einer Freihandelszone behaupten können (Weimer 1994: 346-347).

Das Bestreben, der Wirtschaftsmacht Südafrika etwas entgegensetzen zu können, hat zweifelsohne auch zu den jüngsten Integrationsbestrebungen in Ostafrika beigetragen. Bereits 1967 hatten Kenia, Tansania und Uganda den Versuch unternommen, eine wirtschaftliche und politische Gemeinschaft zu gründen. Das äußerst ambitionierte Projekt scheiterte freilich an ideologischen und persönlichen Gegensätzen wie auch an ökonomischen Konflik-

ten. Mitte der 90er Jahre scheint der Druck von außen zu einer realistischeren Agenda geführt zu haben. Ein gemeinsamer Markt mit 72 Millionen Menschen soll dabei durch klar abgrenzbare Ziele erreicht werden: die Harmonisierung der Zölle und Tarife, den freien Personenverkehr, die Angleichung in der Steuer- und Geldpolitik (Kunath 1996: 17).

Am schwersten dürfte es auf dem Kontinent wohl am Horn von Afrika sein, innerhalb kurzer Zeit Gewinne aus einer Intensivierung des Intra-Regionalhandels zu ziehen, die einen nennenswerten Beitrag zu einer raschen Entwicklung leisten würden. Nichtsdestotrotz ist regionale Kooperation auch hier ein unabdingbarer Faktor auf dem Weg zu einem tragfähigen Frieden. Denn bei der Erhöhung der Versorgungssicherheit mit Nahrungsmitteln, der Nutzung des Nils, dem Aufbau einer Transportinfrastruktur wie auch der Behandlung der grenzüberschreitenden Nomadengesellschaften ist eine gemeinsame Politik erforderlich. Und der rege Schwarzhandel mit Nahrungsmitteln und Konsumgütern ist ein Indiz für ein beachtliches Tauschpotential (z.B. Alier 1992).

4.2 Der Beitrag der internationalen Gemeinschaft

Der Wieder- und Neuaufbau kriegszerstörter Gesellschaften ist - wie Entwicklung generell - ein Prozeß, der vornehmlich von innen her getragen werden muß. Zum Teil stehen hierfür im Prozeß der Friedenskonsolidierung Ressourcen zur Verfügung, da ja der Abbau des Militärapparats Gelder freisetzt und in den ersten Nachkriegsjahren aufgrund des niedrigen Ausgangsniveaus vergleichsweise hohe Wachstumsraten erzielt werden können. Uganda, wo nach langjährigem Krieg 1986 ein (fragiler) Friedensschluß gelang, ist ein Beispiel. Das

Wachstum des BIP stieg seitdem um durchschnittlich 6,5 % pro Jahr. Das Zahlungsbilanzdefizit konnte von 260 Mio. US-\$ in 1989 auf 184 Mio. US-\$ in 1991-92 gesenkt werden (Cranna 1994: 151). Der Anteil der Militärausgaben an den gesamten öffentlichen Haushalten wurde von 31,2 % in 1990 auf 16,7 % in 1993 reduziert. 1993 wurde mit einer "Friedensdividende" in Höhe von 14 Mio. Dollar gerechnet (Colletta/Ball 1993: 36).

Finanzielle Unterstützung der Friedenskonsolidierung

Dennoch darf das interne Potential nicht überschätzt werden, denn die Ökonomien vieler Bürgerkriegsgesellschaften sind finanziell ausgelaugt. Hilfe von außen ist vor diesem Hintergrund unabdingbar. Eine wichtige Sofortmaßnahme ist die Umstrukturierung und der Erlaß von Schulden, um die Nachkriegsökonomien von einer zumeist erheblichen Bürde zu befreien. Die jüngste Entschuldungsinitiative, die auf der gemeinsamen Jahrestagung von IWF und Weltbank im Herbst 1996 beschlossen wurde, setzt hier ein positives Signal⁴⁸: Bis zu 20 der ärmsten Länder weltweit könnten in den Genuß eines Pakets kommen, bei dem die im Pariser Club versammelten Gläubigerländer auf bis zu 80 Prozent der bilateralen Forderungen (bislang 67 Prozent) verzichten. Mit Uganda, Mosambik und Äthiopien werden gleich drei vom Bürgerkrieg gezeichnete Länder als erste Anwärter der Aktion gehandelt. Daß IWF und Weltbank erstmals bereit sind, auf Forderungen zu verzichten, bezeichnete

Justin Forsyth von Oxfam als "historischen Durchbruch". Dennoch kann die Aktion nur ein erster Schritt auf dem Weg zu einer Entlastung der ärmsten Entwicklungsländer sein: Denn der dem Paket zugrunde liegende Richtwert, den Schuldendienst auf 20 bis 25 Prozent der Exporterlöse zu begrenzen, ist immer noch zu hoch angesetzt. Deshalb hätte der bilaterale Schuldenerlaß durchaus - wie von Nichtregierungsorganisationen und übrigens auch der Weltbank gefordert - bei 90% liegen müssen. Schließlich werden die Entwicklungsbemühungen solange scheitern, wie die herkömmliche Strukturanpassungspolitik nicht im Sinne einer konsequenten Strategie der Armutsbekämpfung reformiert wird (vgl. Siebold 1996).

Neben einer spürbaren Entschuldung werden für die Bürgerkriegsländer zusätzliche Mittel für die Friedenskonsolidierung benötigt. In jüngerer Zeit wurde deshalb von Oscar Arias (1994: 70), dem Friedensnobelpreisträger des Jahres 1987, die Idee eines globalen Entmilitarisierungsfonds vorgebracht. Arias schlägt vor, daß sich sämtliche Staaten der Welt verpflichten, über mehrere Jahre hinweg die Militärausgaben um 3 % p.a. zu verringern. Die Industrieländer sollen dann ein Fünftel, die Entwicklungsländer ein Zehntel der Einsparungen in den Fonds zur Demilitarisierung einzahlen, der Abrüstung, Demobilisierung und Reintegration von Soldaten, Rüstungskontrolle sowie Demokratisierung in den Entwicklungsländern unterstützt und von der Weltbank oder UN-Organisationen verwaltet werden könnte. Ausgehend vom Basisjahr 1994 wurde berechnet, daß nach dem Arias-Modell zwischen 1995 und dem Jahr 2000 insgesamt 85 Mrd. US-\$ freigesetzt werden könnten - dies entspricht einem Durchschnitt von 14 Mrd. US-\$ pro Jahr (Renner 1994: 53-54).

⁴⁸ Vgl. zum folgenden: Frankfurter Rundschau v. 30.09.96, S. 12 ("Industriestaaten geben grünes Licht für Schuldenerlaß"), Frankfurter Rundschau vom 02./03.10.96, S. 17 ("Schuldenerlaß soll rasch umgesetzt werden").

Die Idee eines globalen Fonds, der sich aus dem Abbau von Rüstungsausgaben speist, ist in seinem Grundprinzip schon öfters unterbreitet worden (vgl. ausführlich Debiel/Zander 1992). So forderte die UN-Generalversammlung bereits 1950 eine Abrüstungsdividende, die den Bedürfnissen der unterentwickelten Regionen in der Welt zugute kommen sollte. Freilich gab und gibt es erhebliche politische Widerstände gegen die Einrichtung eines großen, an Militärausgaben gebundenen Fonds, der nach dem Arias-Modell ja sogar das Budget des UN-Systems übersteigen würde. Die Gründe liegen einmal in einer mangelnden Zahlungswilligkeit der Industrieländer und ihrer Zurückhaltung, große Finanzmengen über multilaterale Institutionen zu schleusen, die nur bedingt ihrer Kontrolle unterliegen. Zum anderen wird die Besteuerung der eigenen Militärausgaben, die letztlich eine negative Sanktionierung eines Kernbereichs staatlicher Souveränität - nämlich militärischer Sicherheit - bedeutet, abgelehnt.

Angesichts dieser Widerstände mag es sinnvoll sein, die Bemessungsbasis eines Entmilitarisierungsfonds an einem neutraleren Maßstab (z.B. BIP) zu orientieren und ihn durch die multilateral vereinbarte Garantie innerstaatlicher Steuervergünstigungen auch für private Geldgeber zu öffnen. Zweitens spricht die Komplexität von Friedenskonsolidierung dafür, statt eines Superfonds mehrere Töpfe bzw. Unterfonds zu bilden, die klar definierte, inhaltlich oder regional begrenzte Aufgaben haben und sich in ihren Kompetenzen nicht überschneiden sollten. Insbesondere regionalspezifische Programme haben in diesem Zusammenhang Vorzüge. Hieran könnten sich - ähnlich wie es in Kambodscha unternommen wurde (Than 1992) - wirtschaftlich und politisch interessierte Staaten der

Region nennenswert mit Kapital beteiligen. Vielleicht lassen sich auf diese Weise politische Widerstände und mangelnder Altruismus ein wenig durch das aufgeklärte Eigeninteresse an regionaler Stabilität und neu zu erschließenden Investitions- und Absatzmärkten ausgleichen.

Anpassung der Entwicklungs- und humanitären Hilfe

Der mögliche Beitrag der internationalen Gebergemeinschaft geht über den Schuldenerlaß und die Bereitstellung finanzieller Mittel hinaus. Es ist vielmehr auch eine Umgestaltung der bisherigen Entwicklungs- und humanitären Hilfe zu einer Friedenskonsolidierungshilfe erforderlich. Wie könnte eine derartige Uorientierung aussehen? Eine erste Auswertung der Erfahrungen in Kambodscha, El Salvador, Mosambik und Nicaragua legt folgende Lehren für das *post-conflict peacebuilding* nahe⁴⁹:

a) Die Hilfe für die Friedenskonsolidierung muß ein *eigenes Design* erhalten, das sich durch hohe finanzielle Flexibilität, alternative Planungsoptionen für unterschiedliche Eventualfälle und eine hohe Sensibilität für die Bedingungen vor Ort auszeichnet. Um es konkret zu machen: Im Falle El Salvadors scheiterte die Vergabe günstiger Kredite der Weltbanktochter IDA (*International Development Association*) daran, daß das Pro-Kopf-Einkommen (PKE) über der üblichen Grenze von 800 US-Dollar pro Jahr lag. Bei dieser Regel wäre es sicherlich sinnvoll, Ausnahmen für Bürgerkriegsländer zuzulassen⁵⁰.

b) Die internationale Gebergemeinschaft sollte bereits beim Abschluß von Friedensabkommen eine ökonomische Beraterrolle einnehmen und sich eng bei der Umsetzung der wichtigsten Reformvorhaben abstimmen. Das Problem mangelhafter *Koordinati-*

on von Geberorganisationen ist ein leidiges, aus der Entwicklungs- und Nothilfe bekanntes Thema. Im Prozeß der Friedenskonsolidierung tritt ein bislang wenig beachteter Punkt hinzu: Die UN-Agenturen auf der einen sowie IWF und Weltbank auf der anderen Seite setzen möglicherweise zwei sehr verschiedene Prozesse in Gang, die miteinander in Konflikt geraten können. Während Friedensregelungen, die unter UN-Vermittlung ausgehandelt werden, oftmals Mehraufwendungen für die öffentlichen Haushalte bedeuten, erzwingen die Strukturanpassungsprogramme der Bretton-Woods-Institutionen Einschnitte bei den Staatsausgaben.

De Soto und del Castillo (1994: 70) haben dieses Phänomen bei einer Analyse des *Peacebuilding*-Prozesses in El Salvador offengelegt: Dort wurde die Finanzierung des *Peacebuilding*-Prozesses immer prekärer, als die Devisenerträge durch den Verfall der Kaffeepreise und fallende Geberzuwendungen sanken. Zugleich wurde die Regierung zu einer restriktiven Fiskalpolitik angehalten. Das Land stand vor einem regelrechten Dilemma, das laut de Soto und del Castillo (1994: 71) in folgender Frage kulminierte: "Should it sacrifice economic stabilization to proceed with implementing the peace accords or should it strictly carry out its stabilization and structural adjustment program, perhaps endangering the peace?" Dieses Dilemma hätte vermutlich vermieden werden können, wenn Stabilisierungsprogramm und Friedensprozeß nicht nebeneinander, sondern integrativ geplant worden wären. So aber glich die Konsolidierungsphase de Soto/del Castillo (1994: 74) zufolge einer Operation mit zwei getrennt agierenden Chirurgen: "It was as if a patient lay on the operating table with the left and right sides of his body

⁴⁹ Vgl. zum folgenden Ball 1996a, 1996b; außerdem de Soto/del Castillo 1994, UNRISD 1993: 20-27, Irvin 1993: 8-22.

⁵⁰ Daß Flexibilität grundsätzlich möglich ist, zeigt das durch die G7-Staaten herbeigeführte Verhalten der Bretton-Woods-Institutionen gegenüber Rußland.

separated by a curtain and unrelated surgery being performed on each side."

c) Die Unterstützung der Friedenskonsolidierung sollte nicht als technisches Problem mißverstanden werden, sondern muß als politische Frage angegangen werden. Der *Reform des Sicherheitsbereichs* (Polizei, Militär und Justiz) kommt eine oftmals ausschlaggebende Bedeutung für den Erfolg der Konsolidierungsphase zu. Entwicklungshilfe sollte deshalb gerade hier den Dialog über Gespräche an runden Tischen fördern, institutionelle Reformen unterstützen und Methoden der Konfliktbearbeitung einbeziehen. Damit die notwendige Stärkung der Regierungskapazitäten nicht für parteiliche Zwecke mißbraucht werden kann, sollten zudem gesellschaftliche Kontrollmechanismen - z.B. über die Einrichtung von Foren und Komitees - etabliert werden.

Werden Friedenskonsolidierungsmaßnahmen im Rahmen großangelegter Blauhelm-Einsätze umgesetzt, so kommen "hausgemachte" Probleme hinzu, denen bereits in der Konzeptions- und Planungsphase begegnet werden sollte. Anhand des UN-Einsatzes in Kambodscha, an dem 20.000 Personen und über 1.000 internationale Organisationen beteiligt waren, lassen sich drei weitere Lehren für die internationale Begleitung der Friedenskonsolidierung hervorheben:

d) Besonders groß ist die Gefahr, daß die *kurzfristige Hilfe überbetont* wird und mitunter gar kontraproduktive Wirkungen hat. Bei der *United Nations Transitional Authority in Cambodia* (UNTAC) führte der eng gefaßte Zeitplan, aber auch die schiere Größe der bis dato beispiellosen Operation dazu, daß Maßnahmen zur Ermöglichung dauerhafter Entwicklung - etwa die Ausarbeitung gesetzlicher Regelungen für Investitionen oder der Aufbau

eines funktionierenden Steuersystems - vernachlässigt wurden. Der verlässliche Zufluß ausländischer Gelder war trotz der Versprechung hoher Zahlungen nicht garantiert⁵¹, was in krassem Gegensatz zu der kurzen Boomphase internationalen Engagements stand. Diese hatte überaus negative Folgen: Denn der enorme Zufluß von Devisen trieb Löhne und Mieten in die Höhe und führte zu einer fatalen Fehlallokation der Ressourcen. Für Kambodscha kam deshalb ein Workshop im Rahmen des Projekts "Rebuilding Wartorn Societies" zu einem ernüchternden Fazit: "[T]he UNTAC presence has diverted labour and investment away from the production of essential goods towards tertiary sector activities providing services essentially for foreigners living in Cambodia. While the future of the country will depend to a large extent on the performance of the agricultural sector, several speakers noted that relatively little attention had been paid to the reactivation and development of this sector." (UNRISD 1993: 21)

e) Der letzte Satz spricht bereits ein weiteres Problem an: die *Fixierung auf die urbanen Zentren*. Die Ausgaben von UNTAC sowie der Hilfs- und Entwicklungsorganisationen konzentrierten sich weitgehend auf Phnom Penh und die vier Provinzen im Nordwesten des Landes, während die anderen Landesteile vernachlässigt wurden (UNRISD 1993: 22). Dadurch wurde das regionale Gefälle eher

⁵¹ Kambodscha wurden zwischen Juni 1992 und 1994 Hilfsleistungen von insgesamt über 1,6 Mrd. US-Dollar zugesagt. Die Gelder wurden aber nur teilweise und mit erheblicher Zeitverzögerung ausgezahlt (vgl. Liese 1996: 101, Irvin 1993: 11). Sinnvoller wären sicherlich realistischere Größenordnungen gewesen, die die Geber einzuhalten vermocht und die der Absorptionsfähigkeit der kambodschanischen Ökonomie entsprochen hätten.

verstärkt denn vermindert - Entwicklungen, die sich auch für andere Großeinsätze nachweisen lassen.

f) Bei einem hohen Einsatz ausländischen Personals wächst schließlich das Problem der *Fremdbestimmung*. So erfolgten Informationssammlung, Planung, Durchführung und Auswertung der UNTAC-Projekte ohne angemessene kambodschanische Beteiligung. Der UNRISD-Workshop sieht sogar Anzeichen dafür, "that Cambodians have lost control over their own development process during the transitional period" (UNRISD 1993: 23). Um Fremdbestimmung zu vermeiden, ist eine stärkere Einbeziehung lokalen Wissens und lokaler Institutionen in allen Phasen der Projektplanung, -implementierung und -evaluierung vonnöten. Dies setzt insbesondere eine Übersetzung wichtiger Dokumente in die jeweiligen(n) Landessprache(n) voraus. Außerdem ist eine sorgfältigere Rekrutierung des Personals und die Umsetzung eines *Code of Conduct* unabdingbar.

Zusammenfassend läßt sich der Reformbedarf bei der Neuorientierung der Entwicklungshilfe für Nachkriegssituationen in konzeptioneller Hinsicht recht klar bestimmen: Friedenskonsolidierungshilfe muß flexibel sein und sich stärker als die traditionelle Entwicklungshilfe mit den politischen Rahmenbedingungen auseinandersetzen. Zugleich darf das Engagement weder überstürzt noch überdimensioniert sein, da dies zu einer Fehlallokation der Ressourcen und zu Fremdbestimmung führt. Vielmehr stellt ein partizipatorisches Modell, das der ländlichen Entwicklung hohe Priorität einräumt, die erfolgversprechendste Strategie für arme Bürgerkriegsländer dar.

5 Resümee und Schlußfolgerungen

Die enormen sozio-ökonomischen Kosten, die Kriege verursachen, sind von der Forschung erst in allerersten Ansätzen aufgearbeitet: Sowohl die Datenbasis als auch der konzeptionelle Rahmen für vergleichende Analysen - ganz zu schweigen von der Theoriebildung - befinden sich noch im Embryonalstadium: ein Sachverhalt, der sowohl im schwer zugänglichen Untersuchungsgegenstand als auch in einem lange vorhandenen Desinteresse von Forschung und Praxis begründet liegt. Dennoch lassen sich aus den ersten, oftmals illustrativ gehaltenen Studien einige wesentliche *Kennzeichen von Kriegswirtschaften* destillieren: Die Zerstörung der materiellen Infrastruktur, die wachsenden Militärausgaben, die tückische Allgegenwart von Landminen, die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte, das Ausbleiben ausländischer Investitionen und die Zerrüttung bestehender Handelsverbindungen haben dramatische Auswirkungen auf die Binnen- und Außenwirtschaft, die sich in einem Rückgang von Bruttoinlandsprodukt und Pro-Kopf-Einkommen, hohen Inflationsraten, der Verminderung der Nahrungsmittelproduktion und einer erhöhten Importabhängigkeit widerspiegeln. Die Folgen sind besonders spürbar in Bürgerkriegsökonomien, die durch langjährige Kämpfe gezeichnet sind. Auf der institutionellen Ebene werden staatliche Planungs- und Versorgungsfunktionen beeinträchtigt, in Extremfällen kommt es zum institutionellen Zerfall. Schließlich bedeutet Krieg auf der Mikro-Ebene nicht nur erhebliches menschliches Leid, sondern auch, daß die Haushalte als ökonomische Grundeinheiten auseinandergerissen werden.

Neben diesen Zerstörungen und Zerrütungen gibt es auch qualitative Veränderungen, die Bürgerkriegsgesellschaften durchlaufen: Sie reichen von der subtilen Verschiebung sozialer Kräftekonstellationen über gezielte Bereicherungsstrategien politischer Eliten bis hin zum Entstehen von Raub-, Plünderungs- und Drogenwirtschaften. Daß Hilfe von außen in einer derart veränderten "politischen Ökonomie des Krieges" Austauschbeziehungen verändert und zum Gegenstand politischer Machtkämpfe werden kann, hat in jüngster Zeit zurecht verstärkte Beachtung gefunden.

Untersucht man die Herausforderungen für den *Übergang vom Krieg zum Frieden*, so sticht zunächst die Beseitigung der unmittelbaren Kriegsfolgen ins Auge. Neben dem Wiederaufbau der sozialen und materiellen Infrastruktur spielt dabei die Reintegration von Flüchtlingen und Kombattanten eine zentrale Rolle. Die Analyse zeigte, daß die Bewältigung dieser Aufgabe nicht allein ein technisches Problem ist. Gerade die Demobilisierung und Reintegration der ehemaligen Kämpfer ist eng an die Tragfähigkeit von Friedensregelungen gebunden und muß auf die Erwartungshaltungen und Lebensoptionen der Betroffenen eingehen.

Friedenskonsolidierung bedeutet mehr als die Wiederherstellung von Vorkriegsverhältnissen, nämlich die gezielte Förderung entwicklungsrelevanter Wirtschaftssektoren sowie die Schaffung stabiler ökonomischer Rahmenbedingungen. Das bereits in den siebziger Jahren formulierte Konzept der ländlichen Entwicklung und Industrialisierung bietet, flankiert durch eine Förderung von Basisdiensten im Gesundheits- und Erziehungsbereich, immer noch ein überzeugendes Leitbild für

die armen Entwicklungsländer⁵². Eine sich selbst tragende Entwicklungsdynamik für breite Bevölkerungsschichten ist demnach am besten zu erreichen, wenn man prioritär die landwirtschaftliche Produktion steigert, dem agrarnahen kleinindustriellen Sektor Produktionsanreize gibt und günstige Rahmenbedingungen für die Massenproduktion einfacher Konsumgüter schafft.

Gerade bei dem hierzu notwendigen Übergang zu funktionierenden Marktstrukturen müssen viele Staaten Neuland betreten. Die herkömmlichen Struktur Anpassungsprogramme von Weltbank und IWF, denen eine Vielzahl von Kriegs- und Krisenländern unterworfen ist, formulieren für diesen Weg in bestimmten Bereichen durchaus richtige Ziele. Nichtsdestotrotz sind sie dringend reformbedürftig: Denn solange sie gegenüber einer angemessenen Rolle des Staates ignorant sind, bei der sektoralen Förderung auf den exportorientierten Unternehmenssektor fixiert bleiben, solange sie schließlich nicht die politischen Erfolgsbedingungen im jeweiligen Lande reflektieren, werden sie keinen überzeugenden Beitrag zur sozio-ökonomischen Friedenskonsolidierung leisten können. Die zentrale Frage bei der Gestaltung erfolgversprechender sozio-ökonomischer Rahmenbedingungen bleibt die *Rolle des Staates in der Entwicklungspolitik*. Will man aus den Fehlern der Vergangenheit

⁵² Eine neuere Weltbankstudie kommt bei der Untersuchung von 59 Entwicklungsländern zu dem Ergebnis, daß der ländlichen Armutsbekämpfung nach wie vor nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt wird; siehe Frankfurter Rundschau v. 24.09.96, S. 13 ("Weltbank: Bericht mahnt Kampf gegen ländliche Armut an"). Auf den Umstand, daß die Auswege aus der Armut seit längerem bekannt sind, hat jüngst Dieter Senghaas (1996) in einem Plädoyer "Wider den entwicklungstheoretischen Gedächtnisschwund" hingewiesen.

lernen, so wird man die Planungseuphorie der 60er Jahre und die hohen Erwartungen an einen Umverteilungsstaat aus den 70er Jahren vermeiden müssen. Zugleich sind aber die neoliberalen Verengungen der 80er Jahre ein Irrweg, die staatliche Organisation nur mit den Attributen "overgrown, inefficient, corrupt, and costly" verbinden (vgl. kritisch Chambers 1991: 261-262)⁵³.

Robert Chambers hat für die ländliche Entwicklungsplanung in Subsahara-Afrika Thesen entwickelt, die sich auf die Transformation armer Bürgerkriegsgesellschaften übertragen und in zwei Schlagworten zusammenfassen lassen: "dismantle the disabling state" und "establish the enabling state" (Chambers 1991: 276-277). Der zentrale Planungsstaat, welcher durch eine Vielzahl von Verordnungen, die Förderung isolierter Großprojekte oder gar Zwangsmaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft die Entwicklungspotentiale der Bevölkerung behindert, sollte demnach der Vergangenheit angehören. Zugleich gibt es aber unabdingbare öffentliche Funktionen, die nicht ausgehöhlt werden dürfen (Chambers 1991: 267-268): die Aufrechterhaltung des Friedens und der demokratischen Herrschaft des Gesetzes; die Bereitstellung von Infrastruktur und Dienstleistungen im Bereich des grundlegenden Bedarfs; eine gewisse Gestaltung der landwirtschaftlichen Preispolitik; die Etablierung einer gelungenen Mischung aus öffentlichen Unternehmen und freiem Markt; der Zugang zu Nahrungsmitteln und

Basisgütern zu erschwinglichen Preisen. Schließlich gibt es Handlungsbedarf für einen gestaltenden Staat, insbesondere bei der Reform der Staatsbürokratien, dem Aufbau sozialer Sicherungssysteme, der Preisgestaltung für öffentliche Güter und der Aufklärung der Menschen über ihre wirtschaftlichen und sozialen Rechte.

Ein nicht zu vernachlässigendes Hindernis beim Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft stellen die *Bereicherungsstrukturen* dar, die in vielen Kriegsländern das Wirtschaftsgeschehen dominieren und oftmals die enge Verkopplung politischer und ökonomischer Macht begründen. Ihre Transformation setzt vorrangig politische Kontrollmechanismen und die Gewährleistung von Rechtssicherheit voraus - Maßnahmen, gegen die es erhebliche Widerstände nicht zuletzt seitens der herrschenden Eliten gibt. Diese Widerstände lassen sich freilich nicht allein aus dem Handlungskalkül der politischen Akteure begreifen, sondern verweisen auf das strukturelle Problem der "nachholenden Konsolidierung vorausgesetzter Staatlichkeit" (Siegelberg 1994), d.h. der letztlich von außen erzwungenen Einpassung nach wie vor traditional-agrarisch geprägter Gesellschaften in das moderne Staatensystem und den kapitalistischen Weltmarkt.

Die ökonomische Schwäche vieler Bürgerkriegsgesellschaften wie auch der allgegenwärtige Druck des Weltmarkts verbieten es, die Frage der Friedenskonsolidierung allein auf interne Veränderungen zu beschränken. Vielmehr geht es darum, die sozio-ökonomische Stabilisierung in *regionale Kooperationsverbände* einzubinden. Der dadurch erweiterte Markt eröffnet den Unternehmen Spezialisierungsmöglichkeiten und kann auch die Vorstufe für eine konstruktive Weltmarktintegration darstellen. Darüber hinaus ist eine unmittelbare

⁵³ Die wechselnden Einschätzungen des Entwicklungsstaates spiegeln sich nicht zuletzt in den entsprechenden Studien der Weltbank wider: Siehe für die 70er Jahre Chenery et al. 1974 (*Redistribution with Growth*) sowie für die 80er Jahre World Bank 1981 (*The Berg Report*). Eine pointierte Analyse der wechselnden Weltbank-Konzepte für Subsahara-Afrika findet sich bei Siebold 1996.

Unterstützung seitens der internationalen Gebergemeinschaft unabdingbar. Großzügige Entschuldungsinitiativen und die Finanzierung von Maßnahmen des Wiederaufbaus sind dabei Starthilfen, um Friedensprozesse nicht in den ersten Keimen ersticken zu lassen. Es sind aber auch politische Anstrengungen erforderlich, will man die gesellschaftliche Transformation von Bürgerkriegsländern konstruktiv begleiten. In derartigen Situationen Partizipation, Machtkontrolle und politische Stabilität zu fördern, ohne der Verführung von Vormundschaft und Fremdbestimmung zu erliegen, dürfte eine der größten Herausforderungen für den externen Beitrag zur Friedenskonsolidierung darstellen.

Literatur

- AKUF (Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung), 1995: Daten des Kriegsregisters zu den Kriegen der Welt 1945-1995 (Stand: Mai 1995). Hamburg: Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung.
- Arias, Oscar, 1994: Ein globaler Entmilitarisierungsfonds, in: UNDP (United Nations Development Programme) 1994, Bericht über die menschliche Entwicklung 1994. New York; Bonn, S. 70.
- Ball, Nicole, 1988: Security and Economy in the Third World. Princeton.
- Ball, Nicole, 1991: The Effect of Conflict on the Economies of Third World Countries, in: Francis M. Deng/ I. William Zartman (Eds.) 1991, Conflict Resolution in Africa. Washington, D.C., pp. 272-291.
- Ball, Nicole, 1996a: Making Peace Work: The Role of the International Development Community. With Tammy Halevy. Washington, D.C.: Overseas Development Council (Policy Essay; No. 18).
- Ball, Nicole, 1996b: Making Peace Work: The Role of the International Development Community. With Tammy Halevy. Washington, D.C.: Overseas Development Council (ODC Books in Brief).
- Bayart, Jean-Francois, 1995: Vom Staat als Dieb zum Staat als Mafia? Afrikas neue Nische in der Weltwirtschaft ist das organisierte Verbrechen, in: der überblick, 31. Jg. (September 1995) H. 3, S. 65-68.
- BICC (Bonn International Center for Conversion), 1996: Conversion Survey 1996. Global Disarmament, Demilitarization and Demobilization. Oxford et al.: Oxford University Press.
- Boothby, R., 1990: Working in the War Zone: A Look at Psychological Theory and Practice in the Field, in: Mind and Human Interaction, Vol. 2 (1990) No. 2.
- Borton, John, 1993: Recent Trends in the International Relief System, in: Disasters, Vol. 17 (1993) No. 3, pp. 187-201.
- Boutros-Ghali, Boutros, 1992 (1993): Agenda für den Frieden. Bericht des UN-Generalsekretärs vom 17. Juni 1992, dokumentiert in: Stiftung Entwicklung und Frieden (Hg.) 1993, Die Agenda für den Frieden. Bonn (EINE Welt; 8), S. 19-65.
- Brown, Richard P.C./ Ahmed Nur Kulane Hassan/ Alemayehu Geda Fole, 1992: Debt, Adjustment and Donor Interventions in the Post-War Horn of Africa, in: Martin Doornbos et al. (Eds.) 1992, Beyond Conflict in the Horn. The Hague; London, pp. 195-209.
- Brzoska, Michael (Hg.), 1994: Militarisierungs- und Entwicklungsdynamik. Eine Exploration mit Fallbeispielen zu Algerien, Iran, Nigeria und Pakistan. Hamburg: Deutsches Übersee-Institut (Schriften; Nummer 23).
- Brzoska, Michael, 1981: Rüstung und Dritte Welt - Zum Stand der Forschung. München; Köln; London: Weltforum Verlag.
- Bushra, Judy el/ Eugenia Piza-Lopez, 1994: Gender, War and Food, in: Joanna Macrae/ Anthony Zwi (Eds., with Mark Duffield & Hugo Slim) 1994, War & Hunger. Rethinking International Responses to Complex Emergencies. London; New Jersey, pp. 180-193.
- Chambers, Robert, 1991: The State and Rural Development: Ideologies and an Agenda for the 1990s, in: Christopher Colclough/ James Manor (Eds.) 1991, States or Markets? Neoliberalism and the Development Policy Debate. Oxford, pp. 260-278.
- Chenery H./ M.S. Ahluwalia/ C.L.G. Bell/ J.H. Duloy / R. Jolly, 1974: Redistribution with Growth. Oxford; London: Oxford University Press.
- Chona, Mark C./ Jeffrey I. Herbst, 1990: Southern Africa, in: Anthony Lake (Ed.) 1990, After the Wars. New Brunswick; Oxford, pp. 141-166.
- Clapham, Christopher, 1990: The Political Economy of Conflict in the Horn of Africa, in: Survival, Vol. 32 (September/October 1990) No. 5, pp. 403-419.
- Cliffe, Lionel, 1994: The Impact of War on Food Security in Eritrea: Prospects for Recovery, in: Joanna Macrae/ Anthony Zwi (Eds., with Mark Duffield & Hugo Slim) 1994, War & Hunger. Rethinking International Responses to Complex Emergencies. London; New Jersey, pp. 160-178.
- Colletta, Nat/ Nicole Ball, 1993: Der Übergang vom Krieg zum Frieden in Uganda, in: Finanzierung und Entwicklung, Vierteljahresheft des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, 30. Jg. (1993) H. 2, S. 36-39.
- Cornia, Giovanni Andrea/ Richard Jolly/ Frances Stewart, 1987: Adjustment with a Human Face. Vol. I: Protecting the Vulnerable and Promoting Growth. Oxford: Oxford University Press.
- Cornia, Giovanni Andrea/ Richard Jolly/ Frances Stewart, 1988: Adjustment with a Human

- Face. Vol. II: Ten Country Studies. Oxford: Oxford University Press.
- Couvrat, Jean-François/ Nicolas Pless, 1993: Das verborgene Gesicht der Weltwirtschaft. Das Geschäft mit Drogen, Waffen und Geld. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Cranna, Michael (Ed.), 1994: The True Cost of Conflict. Project Director: Paul Eavis. London: Earthscan Publications Ltd.
- Debiel, Tobias, 1995a: Kriege, in: Stiftung Entwicklung und Frieden (Hg.) 1995, Globale Trends 1996. Frankfurt/M., S. 360-385.
- Debiel, Tobias, 1995b: Von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft. Kosten des Krieges und sozialökonomische Bedingungen der Friedenskonsolidierung, in: Volker Matthies (Hg.) 1995, Vom Krieg zum Frieden. Kriegsbeendigung und Friedenskonsolidierung. Bremen, S. 58-82.
- Debiel, Tobias/ Franz Nuscheler (Hg.), 1996: Der neue Interventionismus. Humanitäre Einmischung zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf. (EINE Welt - Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden; Bd. 1).
- Debiel, Tobias/ Ingo Zander, 1992: Die Friedensdividende der 90er Jahre. Chancen und Grenzen der Umwidmung von Militärausgaben zugunsten ziviler Zwecke. Bonn: Stiftung Entwicklung und Frieden (Interdependenz; 11).
- Der Welt-Drogen-Bericht (1993): Ein Jahresbericht von Observatoire géopolitique des drogues (OGD). Mit 16 Karten. Vorwort für die deutsche Ausgabe von Berndt Georg Thamm. Frankfurt/M.: dtv (30401).
- Doornbos, Martin et al. (Eds.), 1992: Beyond Conflict in the Horn. Prospects for Peace, Recovery and Development in Ethiopia, Somalia, Eritrea and the Sudan. The Hague; London.
- Downs, R.E./ D.D. Kerner/ S. Reyna (Eds.), 1991: The Political Economy of African Famine. Philadelphia: Gordon and Breach (Food and Nutrition in History and Anthropology, Vol. 9).
- Duffield, Mark, 1992: Famine, Conflict and the Internationalization of Public Welfare, in: Martin Doornbos et al. (Eds.) 1992, Beyond Conflict in the Horn. The Hague; London, pp. 49-62.
- Duffield, Mark, 1994: The Political Economy of Internal Warfare: Asset Transfer, Complex Emergencies and International Aid, in: Joanna Macrae/ Anthony Zwi (Eds., with Mark Duffield & Hugo Slim) 1994, War & Hunger. Rethinking International Responses to Complex Emergencies. London; New Jersey, pp. 50-69.
- Duffield, Mark, 1995: Zerstörung mit System. Die politische Ökonomie von Hunger, Krieg und Bereicherung im Sudan, in: der überblick, 31. Jg. (Juni 1995) H. 2, S. 57-61.
- Elsenhans, Hartmut, 1986: Agrarreform in der Dritten Welt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16/86, S. 12-22.
- Elsenhans, Hartmut, 1987: Nord-Süd-Beziehungen. Geschichte - Politik - Wirtschaft. Zweite Auflage. Stuttgart et al.: Kohlhammer (Urban-Taschenbücher; 365).
- ESCAP Secretariat, 1992: Problems of Transitions in the Economies of the ESCAP Region, in: Economic Bulletin for Asia and the Pacific, New York, N.Y., Vol. 43 (1992) No. 1, pp. 13-28.
- Eschenbacher, Petra, 1990: Drogenproduktion und Drogenhandel. Beispiele aus Lateinamerika und Südostasien. München: Weltforum.
- FAO (Food and Agricultural Organization), 1993: Rural Poverty Alleviation. Policies and Trends. Rome (FAO Economic and Social Development Paper 113).
- Glatzer, Bernt, 1995: Selbstzerstörung eines Staates. Afghanistans Warlords - Kriegstreiber und Stifter örtlichen Friedens, in: der überblick, 31. Jg. (Juni 1995) H. 2, S. 48-52.
- Green, Reginald Herbold, 1987: Killing the Dream: The Political and Human Economy of War in Sub-Saharan Africa. Brighton/Sussex: Institute of Development Studies (Discussion Paper 238, November 1987).
- Green, Reginald Herbold, 1991: Neo-Liberalism and the Political Economy of War. Sub-Saharan Africa as a Case-Study of a Vacuum, in: Christopher Colclough/ James Manor (Eds.) 1991, States or Markets? Neoliberalism and the Development Policy Debate. Oxford: Clarendon Press, pp. 238-259.
- Green, Reginald Herbold, 1994: The Course of the Four Horsemen: Costs of War and Its Aftermath in Sub-Saharan Africa, in: Joanna Macrae/ Anthony Zwi (Eds., with Mark Duffield & Hugo Slim) 1994, War & Hunger. Rethinking International Responses to Complex Emergencies. London; New Jersey, pp. 37-49.
- GTZ (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit), 1992: Proposal for the Reintegration of Refugees, Displaced Persons, and Ex-Combatants. Eschborn.

- Harneit-Sievers, Axel, 1992: Kriegsfolgen und Kriegsbewältigung in Afrika: Der nigerianische Bürgerkrieg 1967-70. Mit Beiträgen von Gesine Krüger und Frank Schubert. Hannover.
- Harrison, Selig S., 1990: Afghanistan, in: Anthony Lake (Ed.) 1990, *After the Wars*. New Brunswick; Oxford, pp. 45-74.
- Harvey, Charles, 1991: Recovery from Macroeconomic Disaster in Sub-Saharan Africa, in: Christopher Colclough/ James Manor (Eds.) 1991, *States or Markets? Neoliberalism and the Development Policy Debate*. Oxford, pp. 121-147.
- Helmschrott, Helmut, 1987: Stichwort "Technologietransfer". In: Dieter Nohlen/ Peter Waldmann (Hg.) 1987, *Dritte Welt*. München; Zürich, S. 583-585.
- Hodges, Tony, 1993: Looking to Angola's Future. Rebuilding the Economy, in: *Africa Insight*, Pretoria, Vol. 23 (1993) No. 3, pp. 159-167.
- Hofmeier, Rolf/ Volker Matthies (Hg.), 1992: Vergessene Kriege in Afrika. In Zusammenarbeit mit dem Institut für Afrika-Kunde (Hamburg). Göttingen: Lamuv.
- Huck, Burckhardt J., 1993: Arms Industry and Conversion in Developing Countries, in: *Peace and the Sciences*, International Institute for Peace, Vienna, (September 1993), pp. 32-38.
- Human Rights Watch/ The Arms Project and Physicians for Human Rights, 1993: *Landmines: A Deadly Legacy*. New York et al.: Human Rights Watch.
- Hummel, Hartwig/ Herbert Wulf, 1995: Rüstung, in: *Stiftung Entwicklung und Frieden* (Hg.) 1995, *Globale Trends 1996*. Frankfurt/M., S. 386-417.
- IISS (International Institute for Strategic Studies), 1984: *The Military Balance 1984-85*. London: Brassey's.
- IISS, 1994: *The Military Balance 1994-95*. London: Brassey's.
- Irvin, George W., 1993: *Rebuilding Cambodia's Economy. UNTAC and Beyond*. The Hague: Institute of Social Studies (Working Papers; May 1993).
- Jolly, Richard/ Giovanni Andrea Cornia, 1984: The Impact of World Recession on Children, in: *World Development*, Vol. 12 (March 1984) No. 3 (Special Issue).
- Kaatsch, Nicola, 1995: Kinder des Krieges - Zur Betreuung und Reintegration kriegstraumatisierter Kinder, in: Volker Matthies (Hg.) 1995, *Vom Krieg zum Frieden. Kriegsbeendigung und Friedenskonsolidierung*. Bremen, S. 146-162.
- Keen, David, 1994: The Functions of Famine in Southwestern Sudan: Implications for Relief, in: Joanna Macrae/ Anthony Zwi (Eds., with Mark Duffield & Hugo Slim), *War & Hunger. Rethinking International Responses to Complex Emergencies*. London; New Jersey, pp. 11-124.
- Kingma, Kees, 1995: Lernprozesse, Demobilisierung und Reintegration in Afrika, in: *epd-Entwicklungspolitik*, (Januar 1995) H. 2/3, S. 22-26.
- Kingma, Kees/ Vanessa Sayers, 1995: Demobilization in the Horn of Africa. Proceedings of the IRG Workshop, 4-7 December 1994, Addis Ababa. Bonn: Bonn International Center for Conversion (BICC brief 4; June 1995).
- Klingebiel, Stephan, 1994: Beiträge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zur Verminderung der internationalen Flüchtlings- und Migrationsproblematik. Berlin: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (Berichte und Gutachten; 6/1994).
- Klingebiel, Stephan/ Inge Gärke/ Corinna Kreidler/ Sabine Lobner/ Haje Schütte, 1995: Promoting the Reintegration of Former Female and Male Combatants in Eritrea. Possible Contributions of Development Cooperation to the Reintegration Programme. Bonn: German Development Institute (Reports and Working Papers 6/1995).
- Kreidler, Corinna, 1995a: Schwerter zu Pflugscharen - Zur Demobilisierung und Reintegration ehemaliger Kombattantinnen und Kombattanten, in: Volker Matthies (Hg.) 1995, *Vom Krieg zum Frieden. Kriegsbeendigung und Friedenskonsolidierung*. Bremen, S. 83-109.
- Kreidler, Corinna, 1995b: Literatur zum Thema Demobilisierung, in: *epd-Entwicklungspolitik*, (Januar 1995) H. 2/3, S. 32-36.
- Krippendorff, Ekkehart, 1981: The Victims - A Research Failure, in: *Journal of Peace Research*, Vol. 18 (1981) No. 1, pp. 97-101.
- Krüger, Gesine, 1992: Fallstudie I: Namibia, in: Axel Harneit-Sievers 1992, *Kriegsfolgen und Kriegsbewältigung in Afrika: Der nigerianische Bürgerkrieg 1967-70*. Mit Beiträgen von Gesine Krüger und Frank Schubert. Hannover, S. 221-242.
- Küchenmeister, Thomas, 1995: Landminen - Tückische Überbleibsel des Krieges, in: Volker Matthies (Hg.), *Vom Krieg zum*

- Frieden. Kriegsbeendigung und Friedenskonsolidierung. Bremen, S. 110-127.
- Kunath, Wolfgang, 1996: Ostafrikaner wollen die Fehler der Vergangenheit vermeiden, in: Frankfurter Rundschau vom 19.03.1996, S. 17.
- Labahn, Thomas, 1990: Politische Ökonomie Somalias: Zwischen traditioneller Nomadengesellschaft und moderner Staatsklasse, in: Stefan Brüne/ Volker Matthies (Hg.) 1990, Krisenregion Horn von Afrika. Hamburg, S. 153-186.
- Lake, Anthony (Ed.), 1990: After the Wars. Reconstruction in Afghanistan, Indochina, Central America, Southern Africa, and the Horn of Africa. New Brunswick; Oxford: Transaction Publishers.
- Laurance, Edward J. (Principle author), 1996: The New Field of Micro-Disarmament: Addressing the Proliferation and Buildup of Small Arms and Light Weapons. Study prepared for the Foreign Office of the Federal Republic of Germany by the Program for Arms Control, Disarmament and Conversion of the Monterey Institute of International Studies and by the Bonn International Center for Conversion (BICC). Bonn: BICC (July 1996).
- Laurance, Edward J./ Herbert Wulf (with assistance of Joseph DiChiaro III), 1995: Conversion and the Integration of Economic and Security Dimensions. Bonn: Bonn International Center for Conversion (BICC Report 1; January 1995).
- Lee, Rensselaer W. III, 1995: Die Drogenbarone beerben ihre Gegner. Erst haben sie den Staat geschwächt, jetzt okkupieren die Kartelle seine Aufgaben, in: der überblick, 31. Jg. (Juni 1995) H. 2, S. 66-68.
- Liese, Andrea, 1996: Friedenskonsolidierung bei internen Konflikten. Die Rolle der Vereinten Nationen in Kambodscha. Mosbach: Arbeitsgruppe Friedensforschung und Europäische Sicherheitspolitik (AFES-PRESS Report No. 58).
- Lintner, Bertil, 1995: Die Politik des schmutzigen Geldes, in: der überblick, 31. Jg. (Juni 1995) H. 2, S. 62-65.
- Lock, Peter, 1995: Die Waffen der Bürgerkriege. Der Handel mit Kleinwaffen ist kaum kontrollierbar, in: der überblick, 31. Jg. (Juni 1995) H. 2, S. 78-80.
- Lock, Peter, 1996: Frieden heißt in vielen Ländern, weiter mit dem Krieg zu leben, in: Frankfurter Rundschau vom 18.04.1996, S. 14 (Dokumentation).
- Lock, Peter/ Herbert Wulf, 1979: Rüstung und Unterentwicklung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 18/79, S. 3-28.
- Lock, Peter/ Herbert Wulf, 1982: Zum Zusammenhang von Aufrüstung und Unterentwicklung, in: Dieter Nohlen/ Franz Nuscheler (Hg.), 1982, Handbuch der Dritten Welt, Bd. 1. Zweite Aufl.- Hamburg, S. 257-272.
- Ludermann, Bernd, 1995: Grauzonen der Staatlichkeit. Regierungen, Kriegsherren und Banditen sind oft schwer zu unterscheiden, in: der überblick, 31. Jg. (Juni 1995) H. 2, S. 5-9.
- Macrae, Joanna/ Anthony Zwi (Eds., with Mark Duffield & Hugo Slim), 1994: War & Hunger. Rethinking International Responses to Complex Emergencies. London; New Jersey: Zed Books (in association with Save the Children Fund, UK).
- Marchal, Roland: Somalias Kämpfer auf dem Weg zu Geschäftsmännern? (der überblick im Gespräch), in: der überblick, 31. Jg. (Juni 1995) H. 2, S. 44-45.
- Matthies, Volker, 1992: Horn von Afrika (Äthiopien/Eritrea, Somalia): "Krieg und Dürre, Frieden und Milch", in: Rolf Hofmeier/ Volker Matthies (Hg.) 1992, Vergessene Kriege in Afrika. Göttingen, S. 173-214.
- Matthies, Volker (Hg.), 1995: Vom Krieg zum Frieden. Kriegsbeendigung und Friedenskonsolidierung. Bremen: Edition Temmen (Schriftenreihe des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit e.V. (WIFIS); Bd. 8).
- Matthies, Volker, 1995a: Der Transformationsprozeß vom Krieg zum Frieden - ein vernachlässigtes Forschungsfeld, in: Volker Matthies (Hg.) 1995, Vom Krieg zum Frieden. Kriegsbeendigung und Friedenskonsolidierung. Bremen, S. 8-38.
- Matthies, Volker, 1995b: Nicht mehr Krieg und noch nicht Frieden. Schlichtung und Wiederaufbau als Aufgaben der Entwicklungspolitik, in: der überblick, 31. Jg. (1995) H. 1, S. 94-96.
- Mehreteab, Amanuel, 1996: Demobilization and Reintegration of EPLF-Fighters into Civil Life with Special Reference to the Role of "Mitias" and the Situation in the Field of Education and Skill Training, in: Peter Meyns (Hg.) 1996, Staat und Gesellschaft in Afrika. Erosions- und Reformprozesse. Hamburg, S. 291-302.
- Menkhaus, Ken/ John Prendergast, 1995: Ein Kunstgebilde brach zusammen. Örtliche Organe, nicht der Zentralstaat können Soma-

- lias Warlords zähmen, in: *der überblick*, 31. Jg. (Juni 1995) H. 2, S. 41-44.
- Meyns, Peter, 1992: Angola: Vom antikolonialen Befreiungskampf zu externer Destabilisierung und internem Bürgerkrieg, in: Rolf Hofmeier/Volker Matthies (Hg.) 1992, *Vergessene Kriege in Afrika*. Göttingen, S. 61-96.
- Michel, Herbert/ Wolfgang Ochel, 1977: *Ländliche Industrialisierung in Entwicklungsländern. Branchenstruktur, Problemanalyse und Förderungsmaßnahmen*. Unter Mitarbeit von Franz Josef Hecke und Jürgen Hübner. München: Weltforum-Verlag (=ifo-Studien zur Entwicklungsforschung; Nr. 2).
- Mittelman, James H., 1996: Rethinking the "New Regionalism" in the Context of Globalization, in: *Global Governance*, Vol. 2 (1996) No. 2, pp. 189-213.
- Ohlson, Thomas, 1991: Strategic Confrontation versus Economic Survival in Southern Africa, in: Francis M. Deng/ I. William Zartman (Eds.) 1991, *Conflict Resolution in Africa*. Washington, D.C., pp. 219-271.
- Osterhammel, Jürgen, 1995: Musterfall der Kriegsfürsten. Das China der Warlords zwischen Krieg, Zerfall und Modernisierung, in: *der überblick*, 31. Jg. (Juni 1995) H. 2, S. 38-40.
- Rauch, Theo, 1996: *Ländliche Regionalentwicklung im Spannungsfeld zwischen Weltmarkt, Staatsmacht und kleinbäuerlichen Strategien*. Saarbrücken: Verlag für Entwicklungspolitik (=Sozialwissenschaftliche Studien zu internationalen Problemen; Bd. 202).
- Renner, Michael, 1994: *Budgeting for Disarmament: The Costs of War and Peace*. Washington, D.C.: Worldwatch Institute (Worldwatch Paper 122, November 1994).
- Richter, Roland E., 1995: Rückkehr in die Heimat - Repatriierung und Reintegration von Flüchtlingen und Vertriebenen, in: Volker Matthies (Hg.) 1995, *Vom Krieg zum Frieden. Kriegsbeendigung und Friedenskonsolidierung*. Bremen, S. 128-145.
- Rummel, Rudolph J., 1995: *Statistics of Democide. Estimates, Sources, and Calculation on 20th Century Genocide and Mass Murder*. New Brunswick, NJ: Transaction.
- Salazar-Volkman, Christian, 1995: Die Zerstörung der Kindheit. Bürgerkriege fügen Kindern seelische Wunden zu, die nur schwer oder nie heilen, in: *der überblick*, 31. Jg. (Juni 1995) H. 2, S. 20-24.
- Schubert, Frank, 1995: Uganda - Der schwierige Weg zum Frieden, in: Volker Matthies (Hg.) 1995, *Vom Krieg zum Frieden. Kriegsbeendigung und Friedenskonsolidierung*. Bremen, S. 225-248.
- Semin-Panzer, Ursula, 1992: Mosambik: Zerstörung durch südafrikanische Destabilisierung und Terror des Guerillakrieges, in: Rolf Hofmeier/ Volker Matthies (Hg.) 1992, *Vergessene Kriege in Afrika*. Göttingen, S. 97-134.
- Senghaas, Dieter, 1996: Wider den entwicklungstheoretischen Gedächtnisschwund. Die Auswege aus der Armut sind bekannt, in: *E + Z (Entwicklung und Zusammenarbeit)*, 37. Jg. (1996) H. 9, S. 236-237.
- Shams, Rasul, 1992: Drogenwirtschaft und Drogenpolitik in Entwicklungsländern, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 50/92, S. 31-37.
- Siebold, Thomas, 1995: Die soziale Dimension der Strukturanpassung - eine Zwischenbilanz. Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden (INEF-Report; Heft 13/1995).
- Siebold, Thomas, 1996: Armutsbekämpfung oder Strukturanpassung? Kontinuität und Wandel der Weltbank-Programmatik für Afrika, in: Dirk Messner/ Franz Nuscheler (Hg.), *Weltkonferenzen und Weltberichte. Ein Wegweiser durch die internationale Diskussion*. Bonn, S. 37-60.
- Siegelberg, Jens, 1994: *Kapitalismus und Krieg. Eine Theorie des Krieges in der Weltgesellschaft*. Münster; Hamburg: Lit (Kriege und militante Konflikte; Bd. 5).
- Sivard, Ruth Leger 1993: *World Military and Social Expenditures 1993*. Washington, D.C.
- Smith, Dan, 1994: *War, Peace and Third World Development*. New York: UNDP/Human Development Report Office (Occasional Papers; 16).
- Sogge, David, 1994: Angola: Surviving against Rollback and Petrodollars, in: Joanna Macrae/ Anthony Zwi (Eds., with Mark Duffield & Hugo Slim), *War & Hunger. Rethinking International Responses to Complex Emergencies*. London; New Jersey, pp. 92-110.
- Soto, Alvaro de/Graciana del Castillo, 1994: Obstacles to Peacebuilding, in: *Foreign Policy*, No. 94, (Spring 1994), pp. 69-83.
- Stewart, Frances, 1993a: *War and Underdevelopment: Can Economic Analysis Help Reduce the Costs?* Oxford: International Development Centre, Queen Elizabeth House (Development Studies Working Papers; Centro Studi Luca D'Agliano - Queen Elisabeth House).

- Stewart, Frances, 1993b: War and Underdevelopment: Can Economic Analysis Help Reduce the Costs?, in: *Journal of International Development*, Vol. 5 (1993) No. 4, pp. 357-380.
- Stewart, Frances/ Ken Wilson, 1994: Conflict and Development: What Kinds of Policies can Reduce the Damaging Impact of War?, in: Geoff Tansey/ Kath Tansey/ Paul Rogers (Eds.) 1994, *A World Divided. Militarism and Development After the Cold War*. London, pp. 26-43.
- Stiebens, Wolfgang, 1996: Demobilisierung und Reintegration von ehemaligen Kombattantinnen und Kombattanten als Herausforderung für die Entwicklungszusammenarbeit in Sub-Sahara-Afrika, in: Peter Meyns (Hg.) 1996, *Staat und Gesellschaft in Afrika. Erosions- und Reformprozesse*. Hamburg, S. 282-290.
- Stremlau, John J., 1977: *The International Politics of the Nigerian Civil War 1967-1970*. Princeton.
- Tegegn, Melakou, 1992: Demobilization and Employment of Combatants, in: Martin Doornbos et al. (Eds.) 1992, *Beyond Conflict in the Horn*. The Hague; London, pp. 38-40.
- Than, Mya, 1992: Rehabilitation and Economic Reconstruction in Cambodia, in: *Contemporary Southeast Asia*, Singapore, Vol. 14 (December 1992) No. 3, pp. 269-286.
- UNDP (United Nations Development Programme), 1993: *Human Development Report 1993*. New York; Oxford.
- UNDP, 1994: Bericht über die menschliche Entwicklung 1994. Bonn: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen.
- UNDP, 1995: Bericht über die menschliche Entwicklung 1995. Bonn: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen.
- UNICEF (United Nations Children's Fund), 1987: *Children on the Frontline: The Impact of Apartheid, Destabilization and Warfare on Children in Southern and South Africa*. New York.
- UNICEF, 1989: *Children on the Frontline: The Impact of Apartheid, Destabilization and Warfare on Children in Southern and South Africa*. Update with new section on Namibia (3rd edn). New York.
- UNICEF, 1994: *Landminen - Gefahren auf Schritt und Tritt*. Köln: Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (Reihe "Kinder der Welt").
- UNICEF, 1995: *Zur Situation der Kinder in der Welt 1996*. Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch Verlag.
- UNICEF-Iraq, 1993: *Children and Women in Iraq. A Situation Analysis*. Baghdad: UNICEF-Iraq (December 1992)
- UNRISD (United Nations Research Institute for Social Development), 1993: *Rebuilding War-torn Societies*. Report of the workshops on The Challenge of Rebuilding War-torn Societies and The Social Consequences of the Peace Process in Cambodia. Geneva, 27-30 April 1993.- Geneva: UNRISD (September 1993).
- UNRISD, 1994: *Rebuilding War-torn Societies. Problems of International Assistance in Conflict and Post-Conflict Societies*. Geneva: UNRISD (August 1994).
- US Department of State, 1993: *Hidden Killers. The Global Problem with Uncleared Landmines*. A Report on International Demining prepared by the United States Department of State, Political-Military Affairs Bureau, Office of International Security Operation, auszugsweise dokumentiert in: Human Rights Watch/ The Arms Project and Physicians for Human Rights 1993, *Landmines: A Deadly Legacy*. New York et al., pp. 391-407 (Appendix 5).
- Verschave, François Xavier, 1995: Dunkelmänner, schwarz und weiß. Frankreichs Verwicklungen in Afrika und die Kriminalisierung armer Staaten, in: *der überblick*, 31. Jg. (Juni 1995) H. 2, S. 74-77.
- Waal, Alex de, 1991: *Evil Days: 30 Years of War and Famine in Ethiopia*. New York et al.: Human Rights Watch (An Africa Watch Report).
- Waal, Alex de/ Rakiya Omaar, 1996: Humanitarismus ohne Grenzen? Das Wesen humanitärer Hilfe im Wandel, in: Tobias Debiel/ Franz Nuscheler (Hg.) 1996, *Der neue Interventionismus*. Bonn, S. 205-223.
- Weimer, Bernhard, 1994: Von der Dienstleistungsökonomie zur Händlerökonomie. Ergebnisse der Konferenz "Zur wirtschaftlichen Lage und den sozio-ökonomischen Entwicklungsperspektiven Mosambiks", Maputo, 21. und 22. März 1994, in: *Afrika Spektrum*, (1994) H. 3, S. 339-346.
- Winter, J.M. (Ed.): *War and Economic Development. Essays in Memory of David Joslin*. Cambridge; London; New York; Melbourne: Cambridge University Press et al.
- Wissing, Thomas, 1995: *Mögliche Beiträge der Entwicklungszusammenarbeit zur Krisenprävention. Eine Literaturlauswertung*. Berlin: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (Berichte und Gutachten; 8/1995).

- World Bank, 1981: Accelerated Development in Sub-Saharan Africa: An Agenda for Action (The Berg Report). Washington, D.C.: World Bank.
- World Bank, 1988: Rural Development: World Bank Experience, 1965-86. Washington, D.C.
- World Bank, 1989: Sub-Saharan Africa: From Crisis to Sustainable Growth. A Long Term Perspective Study. Washington, D.C.
- World Bank, 1993: Demobilization and Reintegration of Military Personnel in Africa. The Evidence from Seven Country Case Studies. Washington, D.C.: The World Bank (Discussion Paper, Africa Regional Series, Report No. IDP-130, October 1993).
- World Bank, 1994: Adjustment in Africa. Reforms, Results and the Road Ahead. Washington, D.C.
- Zimprich, Elke, 1996: Ex-Kombattantinnen. Erfahrungen mit der Reintegration in Äthiopien, Eritrea und Uganda, in: epd-Entwicklungspolitik (Februar 1996) H. 3, S. r-x (Dokumentation).

